

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich Wilhelms Universität Bonn



Ludger Kühnhardt

Die Ambivalenz des Fortschritts

Freiheit unter globalen
Bedingungen weiterdenken

**Discussion
Paper**

**C284
2024**

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Jahrgang 1958, von 1997 bis zu seiner Emeritierung 2024 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) und Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Zwischen 1991 und 1997 war er Ordinarius für Politische Wissenschaft in Freiburg, wo er als Dekan seiner Fakultät auch in der akademischen Selbstverwaltung tätig war. Studium der Geschichte, Philosophie und Politischen Wissenschaft in Bonn, Genf, Tokio und Harvard. Dissertation zum Weltflüchtlingsproblem, Habilitation über die Universalität der Menschenrechte. Kühnhardt war Mitarbeiter von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Gastprofessor an renommierten Universitäten weltweit.

Von seinen Veröffentlichungen seien erwähnt: Europäische Union und föderale Idee, München 1993; Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1994 (türkische Ausgabe 2003); Von der ewigen Suche nach Frieden. Immanuel Kants Vision und Europas Wirklichkeit, Bonn 1996; Zukunftsdenkler. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend, Baden-Baden 1999; European Union – The Second Founding. The Changing Rationale of European Integration, Baden-Baden 2008 (2.erweiterte Auflage 2010); Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005 (ed.), New York/Oxford 2009; Region-Building, 2 Bände, New York/Oxford 2010; Africa Consensus, Baltimore/Washington D.C. 2014; The Global Society and Its Enemies, Cham 2017; (herausgegeben mit Tilman Mayer) Bonner Enzyklopädie der Globalität. 2 Bände, Wiesbaden 2017 (englische Ausgabe als The Bonn Handbook of Globality, Cham 2019); Verknüpfte Welten. Notizen aus 235 Ländern und Territorien, 2 Bände, Wiesbaden 2022; Das politische Denken der Europäischen Union, Paderborn 2022; Impulsgeber zwischen Wissenschaft, Politik und Publizistik, Wiesbaden 2023.

Ludger Kühnhardt

Die Ambivalenz des Fortschritts

Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

I. Antrittsvorlesung 1987: Politisches Denken in der Dritten Welt

Am 31. Januar 1987 fand meine Antrittsvorlesung als Privatdozent an der Universität Bonn statt. Das Thema „Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch. Ideologiebildung in der Dritten Welt“¹ zog an einem Samstagvormittag weit mehr als einhundert Zuhörer in einen überfüllten Hörsaal. Meine methodischen Vorüberlegungen zum politischen Denken in der südlichen Hemisphäre nahmen Bezug auf Dolf Sternbergers Buch „Drei Wurzeln der Politik“²: Der Heidelberger Politikwissenschaftler hatte ein wenig bombastisch von „Politologik“, „Dämonologik“ und „Eschatologik“ gesprochen. Ich variierte die drei Begriffe und sprach von der historisch-empirischen Methode wie Aristoteles sie gelehrt hatte, von der Methode, nach Machtgewinn zu streben in der Nachfolge von Machiavelli und von der Methode, nach Selbsterlösung des Menschen zu streben, die in theologischer Wendung der Kirchenvater Augustinus erschlossen hatte. Alle drei Methoden würden Wahrheitsanspruch erheben und unterlägen daher einem Ideologieverdacht im Sinne dessen, was Karl Mannheim dazu bereits 1929 gesagt hatte: Ideologie sei eine Antwort auf „Seins- und Denkvergessenheit.“³ Mein Standpunkt wurde sofort deutlich: Eindeutig am offensten für pluralistische

1 Ludger Kühnhardt, Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch. Ideologiebildung in der Dritten Welt, erstmals in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 35.Jahrgang, Nr.4/1987, Seite 661ff; hier zitiert nach: Derselbe, Wege in die Demokratie. Beiträge aus der Politischen Wissenschaft, Erlangen: Verlag Palm&Enke/Jena: Universitätsverlag, 1992, Seite 148ff.

2 Dolf Sternberger, Drei Wurzeln der Politik, Frankfurt: Suhrkamp, 1978.

3 Karl Mannheim, Ideologie und Utopie, Bonn: Cohen, 1929, Seite 62.

Ansätze, für Vielfalt und Kontingenz hielt ich die historisch-empirische Methode, so wie sie die Bonner Politische Wissenschaft meines akademischen Lehrers Karl Dietrich Bracher entwickelt hatte.

Ich erinnerte an Francis Bacons Theorie des befangenen Denkens von 1620 und an den eher naiven und apologetischen Ideologie-Begriff der französischen Aufklärer des 18. Jahrhunderts, die von „Lehre von den Ideen, den geistigen Gebilden“ gesprochen hatten. Ideologien und Utopien seien Folge einer „Verengung des Denkens zu präfigurierten Werturteilen.“⁴ Während sich im Westen damals, in den 1980er Jahren, ein Gefühl breitmachte, das vom optimistischen „Ende des ideologischen Zeitalters“⁵ geprägt schien, vertiefte ich die imponierenden Analysen meines Doktorvaters Karl Dietrich Bracher über die „Zeit der Ideologien“. In dieser bis heute lesenswerten Studie hatte Bracher bereits 1982 weitsichtig die Frage der Ideologiebildung in der sogenannten Dritten Welt aufgeworfen.⁶ Schon der Begriff „Dritte Welt“, so führte ich seine Überlegungen weiter, habe Ideologiecharakter. Angesichts der „fast unermesslichen Differenzen zwischen den einzelnen Entwicklungsländern dränge sich der Eindruck auf, „hier würden Fakten zugunsten einer Theorie zurechtgebogen“.⁷ Ich erinnerte an die Dritte Welt-Theorie als Folge der sowjetischen Revisionsbemühungen gegenüber Asien und Afrika durch Sowjetführer Nikita Chruschtschow. Seit der Bandung-Konferenz von 1955 habe es sich eingebürgert, statt von zwei Welten über Drei Welten zu sprechen, um den neuen nationalen Regierungen „Selbstbewußtsein als dritte Kraft in der Weltpolitik“ zu geben.⁸ So wie heute der weithin verwendete Begriff „globaler Süden“ war der Begriff „Dritte Welt“ schon damals unklar und schillernd. Er war vielfältig interpretierbar und

4 Ludger Kühnhardt, Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch. Ideologiebildung in der Dritten Welt, a.a.O. Seite 148.

5 So Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters, Berlin: Severin und Siedler, 1981.

6 Karl Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1982.

7 Ludger Kühnhardt, Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch. Ideologiebildung in der Dritten Welt, a.a.O., Seite 149.

8 Ebenda.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

funktionalisierbar. Der demographischen Wucht der künftigen Entwicklungen auf der südlichen Erdhalbkugel war ich mir damals bereits bewusst: Schon 1987 lebten dort zwei Drittel der Menschheit, die ihr genuines politisches Denken entwickeln dürften, führte ich aus. Ich sprach von drei Dimensionen der Ideologiebildung, die sich zum damaligen Zeitpunkt in der Dritten Welt identifizieren ließen.

Die erste Dimension der Ideologiebildung in der Dritten Welt hatte in der Begegnung mit dem westlichen Denken bereits während der Kolonialzeit stattgefunden. Westliche Denkfiguren, vor allem Liberalismus, Sozialismus und Nationalismus, wurden in der „Dritten Welt“ als „Sekundärphänomene“ um eigenwillige Inhalte ergänzt, wie Karl Dietrich Bracher dies genannt hatte.⁹ Die zweite Dimension der Entwicklung eines genuinen politischen Denkens in der Dritten Welt hat seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu Neuinterpretationen, Umdeutungen und Weiterentwicklungen geführt. In kürzester Zeit, gesteigert noch seit der Unabhängigkeit vieler Staaten in der Mitte des 20. Jahrhunderts, hat diese Tendenz eine „amalgamierende Verquickung von ideologischen Denkfiguren“ hervorgebracht.¹⁰ Der Fortschrittsanspruch in der Dritten Welt war damals offenkundig noch ungebrochen. Im Westen gab es indessen nach dem Versagen fortschrittsorientierter Sozialutopien längst skeptische Gegenutopien und Dystopien wie jene, mit der Aldous Huxley in „Brave New World“ gegen die negativen Folgen der modernen Rationalität zu Felde zog. Eine dritte Dimension der Ideologiebildung in der Dritten Welt betraf den Fortbestand, aber auch eine gleichzeitige Sinnentleerung und Umdeutung eigener geistiger Traditionen. Solche Phänomene seien in vielen Ländern der Dritten Welt auch weiterhin „ein Faktor des intellektuellen und politischen Ringens um Identität und Selbstbewußtsein.“¹¹ Ich erinnerte beispielhaft an die Arbeiten des Bonner Religionswissenschaftlers Hans

9 Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, a.a.O., Seite 372.

10 Ludger Kühnhardt, *Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch. Ideologiebildung in der Dritten Welt*, a.a.O., Seite 149.

11 Ebenda, Seite 150.

Joachim Klimkeit über den politischen Hinduismus¹² – und versäumte sträflich eine tiefergehende Diskussion des politischen Islam. Ich war damals durch längere Indien-Aufenthalte von den dortigen Impulsen für den interreligiösen Dialog so angetan, dass ich die geschichtliche Dynamik und Dramatik des islamischen Gegenuniversalismus unklugerweise minimalisierte. Khomeinis islamische Revolution 1979 im Iran hätte mir – und vielen anderen auch – schon damals viel stärker zu denken geben müssen. Ich übersah, dass unter weltpolitischen Gesichtspunkten 1979 – vielleicht langfristig sogar wirkungsvoller als das später so genannte Epochenjahr 1989 – eine „Zeitenwende“ markierte, „als die Welt von heute begann“, wie der Historiker Frank Bösch 2019 in Erinnerung gerufen hat.¹³

In meiner Antrittsvorlesung diskutierte ich 1987 zunächst die Freiheitsfrage im Blick auf die Eigenwilligkeiten der Ideologiebildungen in China – von Sun Yat-Sen bis Mao Tse Tung. Ich erinnerte an Toussaint Louverture in Haiti, an Simon Bolivar in Venezuela und an Woodrow Wilsons „Vierzehn Punkte“-Programm in den USA. Der gerade in beiden Amerikas verwurzelte antikolonialistische Impuls habe nicht verhindern können, dass die Idee der Selbstbestimmung dort wie in anderen Regionen der Welt in eine „Kampfvokabel“ für die Begründung des Nichteinmischungsgebots verwandelt worden sei.¹⁴ Die Problematik ist aktuell geblieben. Mit Samuel Huntington, in dessen Seminar ich während meiner post-doc-Zeit in Harvard studiert hatte, richtete ich einen kritischen Blick auf die Ansätze der Entwicklungssoziologie und fragte skeptisch, ob man überhaupt Nationen bauen könne?¹⁵ Unzweifelhaft sei, dass im Gegensatz zum Westen in der Dritten Welt die Nation dem Staat folgen müsste. Dies laufe, so warnte ich, auf eine groteske

12 Hans-Joachim Klimkeit, *Der politische Hinduismus. Indische Denker zwischen religiöser Reform und politischem Erwachen*, Wiesbaden: Harrasowitz, 1981.

13 Frank Bösch, *Zeitenwende. Als die Welt von heute begann*, München: C.H.Beck, 2019.

14 Ludger Kühnhardt, *Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch. Ideologiebildung in der Dritten Welt*, a.a.O., Seite 153.

15 Samuel P. Huntington, *Politische Entwicklung und politischer Verfall*, in: Dirk Berg-Schlosser (Hrsg.), *Die politischen Probleme der Dritten Welt*, Hamburg: Hoffmann und Campe, 1972, Seite 164ff.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Überschätzung der Möglichkeiten von Regierungen hinaus.¹⁶ Nationalistische Führer waren zwar häufig im Westen ausgebildet worden. Sie träumten von der Wiederholung der westlichen Entwicklungserfolge in ihrer Heimat. Ich erinnerte an Sun Yat-Sen, Quezon, Osmena, Luang Pradit, Ho Chi Minh, Ngo Dinh Diem, Ba Maw, Mohammed Hatta, S.W.R.D. Bandaranaike, Eric Williams, Herbert Adams, Leopold Sédar Senghor, Jomo Kenyatta, Julius Nyerere, Habib Bourgiba und Felix Houphouët-Boigny. Summierend und zustimmend zitierte ich den Entwicklungssoziologen Theodor Hanf, den großen Libanon-Experten, mit seinem apodiktischen Verdikt, „dass nation-building vielerorten gescheitert ist.“¹⁷

Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass nationale Freiheitsversprechungen mit sozialistischen Modernisierungshoffnungen verknüpft worden waren. „Staaten ohne Nation“ (Heinrich Bechtoldt)¹⁸ bemühten dabei häufig idealisierte vorkoloniale Gesellschaftsstrukturen, um neue egalitäre Modelle apologetisch zu überhöhen. „Der zum neuen Mythos aufgestiegene Rekurs auf die autochthonen Traditionen“, konnte die objektiven Staatsbildungsprobleme allerdings nicht lösen, konstatierte ich.¹⁹ Ob im Ujamaa-Sozialismus, in der Négritude-Philosophie oder im Denken der voraufklärerischen Jungtürken, vor allem aber im Blick auf die extrem brutalen Exzesse der Roten Khmer in Kambodscha, zeigte sich in immer neuen Varianten „erhebliches Misstrauen gegenüber geistigem und politischem Pluralismus.“²⁰ Ich hätte auch Somalia erwähnen müssen, das ich 1980 kennengelernt hatte, und Afghanistan, das spätestens seit der sowjetischen Invasion 1979 in einen jahrzehntelang anhaltenden Abwärtsstrudel hineingeraten war. Grundsätzlicher noch übersah ich, dass weitere Überhitzungen der Gleichheitsidee zu neuen Identitätsideologien mutieren konnten, nicht nur in der Dritten Welt, sondern

16 Ebenda, Seite 154.

17 Theodor Hanf, Kulturelle Vielfalt als politische Herausforderung, in: Dieter Oberndörfer/Theodor Hanf (Hrsg.), Entwicklungspolitik, Stuttgart: Kohlhammer, 1986, Seite 80.

18 Heinrich Bechtoldt, Staaten ohne Nation. Sozialismus als Macht-Faktor in Asien und Afrika, Stuttgart: Klett-Cotta, 1980.

19 Ludger Kühnhardt, Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch. Ideologiebildung in der Dritten Welt, a.a.O., Seite 157.

20 Ebenda

auch im Westen, wie wir heute wissen und immer wieder bitter beklagen müssen.

In meiner Antrittsvorlesung griff ich der weit später von mir entwickelten Denkfigur der Globalität und dem Phänomen des global turn voraus.²¹ Ich blickte 1987 auch auf den Re-Export von Dritte Welt-Ideologien in den Westen. Ich erinnerte, erstens, an Che Guevaras Guerilla-Kampf und an Carlos Marighelas „Handbuch der Guerilleros von Sao Paulo“, das in den 1970er Jahren auch Animationsquelle für europäische Terroristen geworden war. Zweitens beschrieb ich Rückbezüge der frühen Grünen-Bewegung auf Kritik am unreflektierten Fortschrittsbegriff, den so unterschiedliche Denker wie Mahatma Gandhi, Leo Tolstoi oder E.F. Schumacher („Small is beautiful“) im Blick auf eine dezentralisierte Wirtschaftsweise in der Dritten Welt vertreten hatten. Tatsächlich aber wurden solche Ideen vornehmlich im Westen populär, nicht selten als romantische Luxusideen. Aber auch westliche Theorien mit der ideologischen Fixierung auf das Phänomen struktureller Gewalt beriefen sich damals auf Mahatma Gandhi. Die Sehnsucht nach einem alternativen Lebensstil vermischte sich seinerzeits bereits mit einer Form der Kapitalismuskritik, so wie dies heute wieder für manche klimapolitisch motivierten Ziele gilt. Heute spricht alle Welt von Nachhaltigkeit, ohne sich noch der frühen Dritte Welt-Apostel dieser neuen globalen Zivilreligion zu erinnern. Drittens, so bilanzierte ich 1987, „besteht in vielen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine kraftvolle Religiosität fort,“²² die im christlichen Kontext etwa in Form der „Theologie der Befreiung“ (Gustavo Gutierrez) nebst allen damit verbundenen Kontroversen auf einen schon damals langsam aber sicher religiös ermüdenden Westen zurückstrahlte.

Selbstkritisch muss ich im Rückblick konstatieren: Außer zaghaften Worten zum Dialog mit den asiatischen Religionen fand ich in meiner Antrittsvorlesung kein Wort zum politischen Islam und seinen Rückwirkungen auf Europa über die bereits damals allpräsenten muslimischen Migrationsgesell-

21 Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (hrsg.), Enzyklopädie der Globalität, 2 Bände, Wiesbaden: Springer, 2017.

22 Ludger Kühnhardt, Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch. Ideologiebildung in der Dritten Welt, a.a.O., Seite 159.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

schaften. War es 1987 noch immer –oder sogar schon– ein Tabu, die Schwierigkeiten von multikulturellen Realitäten in Europa zu thematisieren? War ich, wie viele andere auch, ein Ignorant und unterschätzte, was drei, vier Jahrzehnte später ein Dauerbrenner-Thema geworden ist? Auch zum Thema China blieb ich 1987 wundersam stumm. Immerhin hatte die dortige spektakuläre Modernisierungsrevolution seit den späten siebziger Jahren eingesetzt, getreu dem ideologieentleerten Diktum Deng Tsiao-Pings, es sei gleichgültig, ob die Katze grau oder schwarz sei, solange sie Mäuse fängt, sprich Wohlstand generiert. 1983 und 1984 hatte ich erstmals den Aufbruch im kommunistischen China in Augenschein nehmen können und hätte mich mit den globalstrategischen Konsequenzen eines staatskapitalistischen Modernisierungstheorems auseinandersetzen müssen.

Immerhin: Ich endete meine Analyse 1987 mit der Feststellung, dass die Ernüchterung über die Fortschrittspotentiale in der Dritten Welt nicht zu der Vorstellung verleiten dürfe, es gebe „eine leitbildhafte Typologie der unterschiedlichen Ideologien“ in nichtwestlichen Kulturkreisen.²³ Allerdings seien in Asien, Afrika und Lateinamerika politische Ideologien keineswegs überholt: „Gerade diese Modernisierungsgesellschaften unterliegen der Gefahr jeweils neuer Ideologiebildungen, die Patentantworten auf komplexe Fragen der Modernisierung und der Staatsentwicklung bereitzuhalten scheinen.“²⁴ Etwas naiv postulierte ich, dass es für den weiteren Weg der Dritten Welt hilfreich sei, wenn dort selbstständig „geistig-ethische Perspektiven“ entstünden, „die der eigenen Geschichte verpflichtet bleiben und einer freiheitlichen, demokratischen Zukunft entgegenführen können“.²⁵

1987 stand ich unter dem Eindruck des Denkens von Karl Dietrich Bracher über die ungebrochene Wirkmächtigkeit politischer Ideologien und, mehr noch, über die Ambivalenz der Fortschrittsidee.²⁶ Mein akademischer Lehrer und Mentor Bracher hatte sich bereits in seiner nach wie vor lesenswerten

23 Ebenda, Seite 160.

24 Ebenda, Seite 160.

25 Ebenda, Seite 160.

26 Weiterführend: Ludger Kühnhardt, Karl Dietrich Bracher (1922-2016). Aus der Geschichte lernen, ZEI Discussion Paper C 269, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 2022.

Ludger Kühnhardt

Dissertation von 1948 mit dem Wechselspiel von Verfall und Fortschritt befasst, zunächst beispielhaft festgemacht am politischen und kulturellen Denken der frühen römischen Kaiserzeit. Später variierte er das Thema Verfall und Fortschritt am Beispiel der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur. In einem frühen Aufsatz hatte Bracher auch – gleichsam spiegelbildlich zu den Verfallstheorien, mit denen er sich beschäftigt hatte – nach den Antrieben der Fortschrittsidee gefragt in Verbindung mit dem eigentümlichen zivilreligiösen Sendungsbewusstsein unter den Pilgervätern und frühen politischen Denkern Nordamerikas. Es folgte seine Studie zu Krise und Renaissance Europas. In seinem Buch „Zeit der Ideologien“ arbeitete er schließlich die Brechungen der modernen politischen Fortschrittsidee heraus und warnte vor neuen Ideologiebildungen, mit überraschender Weitsicht gerade auch im Blick auf die eigentümlichen Denk- und Ordnungsvorstellungen in der Dritten Welt. Es war daher für mich als ein akademischer Schüler von Karl Dietrich Bracher folgerichtig, in einem Beitrag für eine Dankschrift anlässlich seiner Emeritierung 1987 über Probleme der Demokratieentwicklung in der Dritten Welt zu schreiben. Dort formulierte ich: „Nationwerdung und sozio-ökonomische Entwicklung sind ohne politisch-kulturelle Modernisierung dauerhaft nicht erreichbar und tragfähig.“²⁷ Auch diese Worte klangen fortschrittsgewiss, zu fortschrittsgewiss, wie ich heute selbstkritisch anmerke. Immerhin war ich inmitten des anhaltenden Ost-West-Konfliktes bereits 1987 davon überzeugt, dass die Nord-Süd-Fragen, wie man damals sagte, auf Dauer noch existenzieller für die Zukunft des freiheitlichen Westens sein würden.

Erst viele Jahre später wurde mir klar, dass, und wie ich mit meinen Forschungsansätzen der achtziger Jahre schon frühzeitig von Brachers Bonner Nachfolger Hans-Peter Schwarz in Kontinuitätslinien gesehen wurde, die an die kultursoziologischen Fragestellungen von dessen Freiburger Doktorvater

27 Ludger Kühnhardt, Möglichkeiten und Grenzen der Demokratie in der „Dritten Welt“, in: Derselbe, Wege in die Demokratie. Beiträge aus der Politischen Wissenschaft, a.a.O., Seite 136.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Arnold Bergstraesser anknüpfen.²⁸ Ich ging ein, zwei Wissenschaftlergenerationen nach Bracher und Schwarz an den Start. Somit stand ich immer auf den Schultern von Giganten, denen ich mehr zu danken habe als ich je würde zurückgeben können. Mehr aber noch: Meine frühen Forschungsinteressen kehrten die großen, so beeindruckend tief und weit wirkenden Schneisen von Bracher und Schwarz in gewissem Sinne um: von innen nach außen bei Bracher und Schwarz, von deutschen Fragen mit weltweiter Ausstrahlung zu weltweiten Fragen mit Ausstrahlung nach Deutschland bei mir. Für gewöhnlich lässt sich die Linie des wissenschaftlichen Horizonts dieser beiden Giganten der Bonner Politikwissenschaft und Zeitgeschichte wie folgt ziehen: Bracher spannte den Bogen von der Weimarer Republik über die deutsche Diktatur und den Wiederaufbau Europas zur Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Schwarz zog den Bogen weiter vom Reich zur Bundesrepublik und über die Adenauer-Zeit hinaus bis zu den Epochen von Kohl und Merkel. Meine thematische Kehre bedeutete: Ich startete von Nord-Süd-Fragen herkommend. Nach 1989 kehrte ich zwar zum revolutionären und nachrevolutionären Europa zurück. Ich blieb aber immer ausgerichtet und beeinflusst von der anhaltenden und immer wirkmächtiger werdenden Dimension, die aus der südlichen Hemisphäre dem Westen zuwuchs und anhaltend zuwächst. Hinzu kam ein zweiter Faktor, der meinen Wissenschaftlerweg beeinflusste: Ich begann mit normativen, katholisch-sozialen, gleichsam laientheologischen Impulsen und Wertvorstellungen. Zug um Zug entwickelte ich diese normative Grunddisposition, die mich in meinem Elternhaus geprägt

28 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen, München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2018, Seite 142: „In den sechziger Jahren vollzog Bergstraesser in der Lehre eine gewisse Schwerpunktverlagerung zur Internationalen Politik, aber auch das mit stark kultursoziologischer Akzentuierung. Er war der erste unter den führenden deutschen Politologen, der die Bedeutung der dekolonialisierten Staatenwelt voll begriffen hatte, die damals unter dem Begriff der „Dritten Welt“ subsumiert wurde. Heute wissen wir, dass die Dekolonialisierung ein noch wichtigerer Vorgang war als der Kalte Krieg.“ Den letzten Satz hatte ich fast wortwörtlich seit den frühen 1980er Jahren immer wieder formuliert, längst ehe ich 1991 in der Nachfolge von Arnold Bergstraesser und Wilhelm Hennis auf deren Lehrstuhl an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg berufen wurde. Weiterführend: Ludger Kühnhardt, Hans-Peter Schwarz (1934-2017). Politik und Zeitkritik, ZEI Discussion Paper C 281, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 2024.

hatte, weiter zu geisteswissenschaftlich rationalisierten Begriffsklärungen und Analyseschemata. So rückte ich allmählich – eigenwillig vielleicht, aber doch aus tiefer Überzeugung, am richtigen Rad weiterzudrehen – in die Riege derer ein, die die Bonner Schule der Politischen Wissenschaft weiterführten, verbunden mit Brückenschlägen zu den Freiburger Traditionslinien, die ich dort in den 1990er Jahren in der Nachfolge von Bergstraesser und Hennis hatte aufgreifen können. Kurz: Ich war tätig zwischen den Zeiten und zwischen manchen Stühlen. Ich stand jederzeit auf den Schultern weit Größerer und agierte in einer ganz eigentümlichen Zwischenzeit der Weltgeschichte.

Bei einem neuen Blick auf meine 37 Jahre zurückliegende Bonner Antrittsvorlesung gehören diese Bemerkungen in selbstkritischer Absicht an den Anfang. In einem zweiten Schritt werde ich nachfolgend die Antrittsvorlesung von 1987 in meine damaligen wissenschaftlichen Forschungen einordnen. Danach werde ich in einem dritten Schritt einen gewichtigen Wendepunkt in der Entwicklung des globalen Südens für mein wissenschaftliches und politisches Denken benennen. Im vierten Abschnitt werde ich an die weit früher ansetzenden Interpretationen meines Doktorvaters Karl Dietrich Bracher zum Fortschrittsbegriff erinnern. Schließlich werde ich im darauf aufbauenden fünften Teil die Frage nach der Neubewertung der Fortschrittsidee aus heutiger Sicht stellen.

II. Wissenschaftliche Einordnung: Der Mensch, die Werte und die Politik oder: Humanität, Universalität und Souveränität

In meiner Antrittsvorlesung von 1987 bündelten sich Sichtweisen, Methoden und Fragestellungen, mit denen ich mich in der ersten Dekade meiner Arbeit als Politikwissenschaftler auseinandersetzte. Ich möchte diese Fragestellungen im zweiten Schritt meiner nachfolgenden Überlegungen rekapitulieren. Kurz gefasst ging es mir damals und geht es mir seither um den Menschen, die Werte und die Politik, abstrakt: um Humanität, Universalität und Souveränität. Ich hatte seit Anfang der 1970er Jahre gleichsam vorwissenschaftlich zu publizieren begonnen. Neben journalistischen Beiträgen für verschiedene

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunkanstalten und Fernsehsender hatten in den zehn Jahren vor meiner festen Verwurzelung in der Wissenschaft erste Buchveröffentlichungen gestanden. Mit „Christliche Soziallehre konkret“ (1977) gab ich mir selber Zeugnis über meine katholisch-sozial geprägte Jugend und formulierte donnernde Forderungen an andere, so wie sie meinem damaligen eher selbstgerechten Idealismus entsprangen.²⁹ „Die deutschen Parteien und die Entwicklungspolitik“ (1980) führten mich von einer normativ-appellativen zu einer textanalytisch-systematischen Vorgehensweise.³⁰ Mit „Kinder des Wohlstands“ (1981) suchte ich mich selbst in der Jugendgeneration, der ich angehörte, zu verorten.³¹ „The land of 500,000 villages. Stories from rural India“ (1982) enthielt Kurzgeschichten über mein Leben in zwei extrem unterschiedlichen indischen Dörfern.³² Journalistische Arbeit für den „Rheinischen Merkur/Christ und Welt“, die in Bonn ansässige, traditionsreiche und leider 2010 eingestellte Wochenzeitung, führte mich am Ende des Ogaden-Krieges 1980 in die Flüchtlingslager von Somalia und Djibouti sowie ins Hausarrest unter dem kommunistischen Regime in Äthiopien. Das Thema Flucht und Vertreibung war mir nie fremd gewesen. Mein Vater und seine Eltern waren am Ende des Zweiten Weltkrieges aus Oberschlesien vertrieben worden. Die Heimat meines Vaters hatte ich mitten im Kalten Krieg 1976 kennengelernt. Zunächst sah ich bei dieser Gelegenheit Prag und Oppeln, Breslau und Auschwitz - und dann erst Westberlin.

(a) Das Thema meiner Dissertation, mit der ich das Studium der Geschichte, Philosophie und Politischen Wissenschaft nebst dem Besuch von Vorlesungen in Katholischer Moraltheologie an der Universität Bonn abschloss, war 1984 nicht weniger wichtig als heute: „Die Flüchtlingsfrage als

29 Ludger Kühnhardt, Christliche Soziallehre konkret. Gedanken und Perspektiven, München: Günter Olzog Verlag, 1977.

30 Ludger Kühnhardt, Die deutschen Parteien und die Entwicklungspolitik, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, 1980.

31 Ludger Kühnhardt, Kinder des Wohlstands. Auf der Suche nach dem verlorenen Sinn, München: Günter Olzog Verlag, 1981.

32 Ludger Kühnhardt, The land of 500.000 villages, Trichur (Indien): IS Press, 1982.

Weltordnungsproblem. Massenzwangswanderungen in Geschichte und Politik“.³³ In dieser Studie schaute ich auf die humane Dimension von Macht- und Gewaltpolitik. Ich nahm die ganze Welt in den Blick und die unterschiedlichsten Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Was in der Diplomatiegeschichte unter dem Stichwort „Konflikte zwischen Staaten“ erörtert wird oder in der Regierungslehre unter Gesichtspunkten von menschenrechtswidrigen politischen Systemen, so argumentierte ich 1984, führt eins ums andere Mal zu der bitteren Erkenntnis, dass Menschen dazu gezwungen werden, ihre Heimat unfreiwillig zu verlassen. Die Philosophin Hannah Arendt hatte einmal geschrieben, es gebe im Grunde nur ein Menschenrecht, „das Recht, niemals seiner Staatsbürgerschaft beraubt zu werden, das Recht, niemals ausgeschlossen zu werden von den Rechten, die sein Gemeinwesen garantiert.“³⁴ In meiner Dissertation 1984 verwies ich auf die dringende Notwendigkeit von Begriffspräzisierungen, die schon damals im weiten Feld des humanitären Flüchtlingsvölkerrechts zu wünschen übrigließen. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und ihr Zusatzprotokoll von 1967 waren eine Antwort auf den Zweiten Weltkrieg. Sie konnten aber keine Antwort sein auf die Umwälzungen in der Dritten Welt, die sich seit den 1970er Jahren immer mehr in den Vordergrund geschoben hatten. Mir ging es dabei nicht nur um völker- und asylrechtliche, sondern auch um soziologische und politikwissenschaftliche Sichtweisen.³⁵ Vor allem plädierte ich mit aller Deutlichkeit dafür, das Flüchtlingsthema – ich sprach von Massenzwangswanderungen – vom Migrationsthema zu trennen. Bis heute ist dies leider zum wechselseitigen Schaden aller Beteiligten nicht geschehen.

Im ausführlichen Abschnitt B meiner Studie holte ich historisch und geographisch weit aus. Ich blickte zurück in die antike und neuzeitliche Geschichte. Ich bezeichnete das 20. Jahrhundert als das Jahrhundert der Flüchtlinge. Bis 1984 waren 250 Millionen Menschen im Verlauf des 20. Jahrhunderts geflo-

33 Ludger Kühnhardt, *Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem. Massenzwangswanderungen in Geschichte und Politik*, Wien: Braumüller Universitätsverlag, 1984.

34 Hannah Arendt, *Es gibt nur ein einziges Menschenrecht*, in: *Die Wandlung*, 4. Jahrgang, Dezember 1949, Seite 768.

35 Ebenda, Seite 9-26.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

hen. Man könnte, so schrieb ich, Geschichte als Geschichte von Fluchtbewegungen schreiben: Die Bevölkerungsausmischungen auf dem Balkan, die Konsequenzen der russischen Oktoberrevolution und der nachfolgenden Wirren, die Fluchtbewegungen aus den Diktaturstaaten Deutschland, Spanien und Italien in den 1930er Jahren und schließlich, natürlich, die übergroße Welle des Leids von Flucht, Deportation und Vertreibung im Zweiten Weltkrieg und während der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ich spannte den Bogen weiter von der Potsdamer Konferenz der Siegermächte über das Deutsche Reich 1945 bis zur Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975. Von Flucht und Fluchtverhinderung in Osteuropa berichtete ich und von den, wie ich es nannte, Ausmischungsprozessen zwischen der griechischen und der türkischen Volksgruppe auf Zypern.

Die Flüchtlingsprobleme des Nahen Ostens stellte ich als paradigmatisch dar, weil ein Flüchtlingsschicksal – das der Juden – durch ein neues – das der Palästinenser – ersetzt worden war, ohne dass sich selbst nach Jahrzehnten eine Lösung abzeichnete. Ich sprach – auch in einem damals zeitgleich erschienenen Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – von der „Palästinisierung“ eines Flüchtlingsproblems. Eine „Palästinisierung“ entsteht, wenn sich das Schicksal des Lagerlebens für Geflüchtete verstetigt.³⁶ Dieses seit Jahrzehnten bekannte Phänomen hat sich seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges 2011 auf bedrückende Weise für viele Millionen Syrer wiederholt. Deswegen hielt ich die Weiterwanderung von syrischen Flüchtlingen nie für eine überzeugende humanitäre Antwort, da die Mehrheit der schwächeren oder ärmeren Flüchtlinge in Dauerlagern zurückblieb und noch mehr vergessen wurde. Nur die dauerhafte Ansiedlung mit ökonomischer Perspektive in der kulturellen Nähe ihres Heimatlandes kann für Menschen eine gute Alternative sein, wenn die Rückkehr in die Heimat auf Dauer verwehrt bleibt. Gegebenenfalls ist sogar eines Tages Repatriierung der richtige Weg, wie nach 1991 nach Kambodscha oder 1996 in den Kongo geschehen. Wenn man die heutige Weltsituation mit über 60 Millionen Geflüchteten nicht durch die simple Formel des Umzugs dieser Menschen in Länder ihres Wunsches beantworten will, müssen neue völkerrechtliche Regelungen und

36 Ludger Kühnhardt, Flüchtlingslager sind schwelende Zündsätze der Weltpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 50, 28. Februar 1984, Seite 9.

ökonomische Konzepte gefunden werden. Ich habe deshalb verschiedentlich dafür plädiert, völkerrechtlich abgesicherte und mit angemessener Infrastruktur sowie ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten ausgestattete Sicherheitszonen – kurz: neue Stadtgründungen – in Bürgerkriegsländern zu etablieren. Schließlich wird nur in äußerst seltenen Fällen tatsächlich in allen Regionen eines Bürgerkriegslandes rund um die Uhr und über Jahre gekämpft. Jedenfalls sollte unzweifelhaft sein: Herkunftsländer von Geflüchteten sind bei der Suche nach dauerhaften Lösungen ebenso zu berücksichtigen wie die Pflichten von Aufnahmeländern und sowohl Rechte wie Pflichten von Geflüchteten.

Mit meiner Dissertation gab ich 1984 einen mit vielen Details versehenen Überblick über Ursachen, Zahlen und Daten sowie Folgen bisheriger Massenzwangsbewegungen während des 20. Jahrhunderts in Asien: China, Korea, der indische Subkontinent, Indochina, Tibet, Indonesien, Afghanistan, Iran und Irak, die Kurdenproblematik, die Philippinen und Burma – kaum ein Land, das ich bedauerlicherweise nicht in meiner Untersuchung abhandeln musste. Es folgte ein ähnlich detailgesättigter Überblick über Flucht und Vertreibung in Afrika mit Unterscheidungen zwischen der Zeit der Unabhängigkeitskriege, den Problemen in anhaltend von weißen Minderheiten regierten Staaten und den Fluchtbewegungen aus unabhängigen afrikanischen Staaten. Schließlich stellte ich die neuesten Fluchtwellen auf dem amerikanischen Kontinent vor: Ich analysierte Ursachen und Folgen von politischen Dramen in Haiti, Kuba und Mittelamerika. Insgesamt spannte ich einen großen geschichtswissenschaftlich und zeitgeschichtlich fundierten Bogen.³⁷

Der nächste Teil meiner Analyse war den politischen Ursachen von Flucht und Vertreibung gewidmet. Ich entwickelte eine Typologie von Fluchtursachen in der Zeitgeschichte, anknüpfend an die migrationswissenschaftlichen Theorien über pull- und push-Faktoren. Im Einzelnen erläuterte ich 25 Ursachenbündel von Fluchtbewegungen: Internationale Kriege; Unabhängigkeitskriege und Staatsgründungen; Annexionen und Irredentismus; Sezessionen; Teilungen eines Landes; revolutionäre Machtergreifungen und der

37 Derselbe, Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem. Massenzwangswanderungen in Geschichte und Politik, a.a.O., Seite 27-148.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Aufbau einer Diktatur; totalitäre Herrschaftssysteme; Guerillaaktivitäten und Terrorismus; die Eskalation von sozialer Ungerechtigkeit in einen offenen Bürgerkrieg; der Zusammenbruch von Demokratien mit Putsch und Gegenputsch; Aufstandsbewegungen gegen Diktaturen; Staatsterror; Völkermord und die Ausrottung von Volkssplittern; Zwangsumsiedlungen; Zwangsaussiedlungen; Bevölkerungsaustausch; interne nationale oder ethnische Konflikte; institutionalisierte Minderheitendiskriminierung und Minderheitenverfolgung; Konflikte unter den nationalen Eliten; diverse spezifische Menschenrechtsverletzungen; Verweigerung von Einreise oder Ausbürgerung; politisch-ökonomische Mischgründe; Naturkatastrophen; psychologische Faktoren.³⁸ Die Liste war lang, bedrückend lang. Beispiele fanden sich in aller Welt und zu den unterschiedlichsten Zeiten, leider. Besondere Beachtung wünschte ich für die nachfolgende Typologie, mit der ich Flüchtlingsgruppen im Blick auf die politischen Konsequenzen unterschied: Ich sprach von geschlagenen, von abwartenden und von kämpfenden Flüchtlingen.³⁹ Ich hatte eine Forschungsagenda angerissen, an der sich ganze Institute und Wissenschaftlergenerationen noch immer abarbeiten. Ich wollte im Grunde nur eines erreichen: den Blick auf die Ursachenanalyse lenken, die jenseits aller Emotionen notwendig ist, damit sich die Politik freier Staaten und die Vereinten Nationen systematischer mit Wegen zur Überwindung oder zumindest zur Eindämmung von Fluchtbewegungen befassen. Die internationale Politik hat leider bis heute kaum begriffen, dass ihr das Flüchtlingsproblem solange über den Kopf wachsen muss, wie die Ursachenanalyse und eine darauf konsequent aufbauende Eindämmung dieser Ursachen nicht an den Anfang aller politischen Handlungsstrategien gestellt werden. Weil dies leider nicht geschieht, hechelt die Politik weltweit weiter eifrig im Krisenmodus mit wenig überzeugenden Folgenverarbeitungen von Flucht und Vertreibung hinterher.

38 Ebenda, Seite 165-171.

39 Ebenda, Seite 178-185.

Als sich die fälschlicherweise sogenannte „Flüchtlingskrise“ 2015 für Europa zuspitzte, erinnerte ich an meine Typologie.⁴⁰ Geflüchtete wie mein vietnamesischer Pflegebruder Truc, für die in ihrem Heimatland der Kampf gegen ein gewaltsam etabliertes Regime verloren war, waren im fernen Europa ebenso leicht zu integrieren wie deutsche Flüchtlinge nach Hitlers Totalniederlage in einem anderen Teil des eigenen Landes. Geflüchtete indessen, die aus einem Land kommen, in dem die Macht- und Gewaltfrage noch nicht endgültig gelöst ist, bleiben zumeist im psychologischen Modus von Kampf und Krieg. Dies erschwert ihre Eingliederung in eine für sie fremde Gesellschaft sehr grundsätzlich. Es kann sogar zur Integrationsverweigerung führen, argumentierte ich noch einmal recht deutlich in einem Aufsatz 2017. Wenig überraschend war ich 2015 sehr ablehnend gegenüber der überdies auch noch vergleichsweise unkontrollierten Grenzöffnung in Deutschland für Menschen aus einem anhaltenden Bürgerkrieg und ihrer Aufnahme in einem fremden Kulturkreis. Ich musste frustriert zur Kenntnis nehmen, dass vor allem in Deutschland keine Begeisterung für Differenzierung in der Beurteilung von Geflüchteten und den Folgen einer Grenzöffnung für diese Menschen selbst, für die im Nahen Osten Zurückgelassenen, aber ebenso für den Zusammenhalt in Deutschland und in der EU bestand. Entgrenzungen aber müssen zu neuen Erschütterungen führen. Einstweilen dominierte naiver Willkommenstaumel die Stimmung. Mir war aufgrund meiner langjährigen Forschungen klar, dass diese Stimmung alsbald umschlagen musste, so sehr die Regierung auch die Lage beschönigte. So sollte es kommen, wie wir heute wissen.

Viele der Menschen, die aus den anhaltenden Bürgerkriegen in der arabischen Welt fliehen mussten, stammen aus Gemeinschaften mit personalen Loyalitätsstrukturen, während unser europäisches Leben auf dem Modell der Gesellschaft mit vorwiegend abstrakten Rechtsbeziehungen beruht. Das musste unweigerlich zu den Spannungssituationen führen, die seit 2015 in

40 Ludger Kühnhardt, Die Europäische Union und das Weltflüchtlingsproblem, in: Manuel Becker/Volker Kronenberg/Hedwig Pompe (Hrsg.), *Fluchtpunkt Integration. Panorama eines Problemfeldes*, Wiesbaden 2017, Seite 101 ff.; Nachdruck in: *Derselbe, Identität und Weltfähigkeit, Sichtweisen aus einem unruhigen Europa*, Baden-Baden: Nomos, 2020, Seite 369-396.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

immer neuen Wellen und noch viel zu häufig mit ungläubigem Staunen aufbrechen und weiter aufbrechen werden – nicht nur in Silvesternächten. Irrwitzerweise werden noch immer die Probleme, die aus illegaler Migration erwachsen mit den Zielsetzungen legaler Migration vermischt. Völlig übersehen wird dabei in Europa, dass der brain drain durch Flucht wie durch Auswanderung ein großer Verlust für jede Gesellschaft des globalen Südens bleibt. Dies gilt aber auch für Länder wie die Ukraine oder Russland, wie die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine 2022 zeigen. Die größte intellektuelle Misere der vielfältigen politischen Aktionspläne in der EU besteht darin, dass die so weit auseinanderliegenden Themen Asyl und Migration noch immer in verschwurbelter Weise zusammengeflochten werden anstatt sie sachgerecht strengstens voneinander zu treffen.

Im wieder eher knapp gehaltenen Abschnitt D meiner Dissertation reflektierte ich über die Stellung des Individuums im Völkerrecht. Mir erschien es bei aller Bedrücktheit über das Flüchtlingsschicksal doch stets ein humaner Fortschritt zu sein, dass mit dem Flüchtlingsvölkerrecht erstmals das Individuum ins Völkerrecht eingetreten ist. Schließlich versuchte ich mich in meiner Studie an der Entwicklung von Präventionsmaßnahmen, damit Massenzwangsbewegungen fortan vermieden oder jedenfalls minimiert werden könnten.⁴¹ Dies ist ein frommer Wunsch geblieben, 1984 nicht weniger als 2024. Ich hätte schon damals eine systematische Reflexion über den Fortschritt in der menschlichen Geschichte anfügen sollen.

(b) Mein zweites grundlegendes Thema der 1980er Jahre behandelte die Universalität der Menschenrechte. Man könnte sagen: Ich untersuchte den damals wichtigsten und zugleich von ungefiltertem Optimismus angetriebenen normativen Kompass des neuzeitlichen Fortschritts- und Freiheitsverständnisses des Westens: „Die Idee der Menschenrechte gehört zu den großen Themen unserer Zeit,“ so begann ich meine Habilitationsschrift.⁴² Ich

41 Derselbe, Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem. Massenzwangswanderungen in Geschichte und Politik, a.a.O., Seite 187-200.

42 Ludger Kühnhardt, Die Universalität der Menschenrechte. Studie zur ideengeschichtlichen Bestimmung eines politischen Schlüsselbegriffs. München: Günter Olzog Verlag, 1987, Seite 25.

blickte auf die historische Genese des Menschenrechtsbegriffs und seine empirisch-faktische internationale Entfaltung. Ich entwickelte eine Methodik im Blick auf die Definition von Menschenrechten als einer besonderen Rechtskategorie, ordnete die wissenschaftlichen, völkerrechtlichen und politischen Spannungsverhältnisse ein und formulierte Fragestellung und Zielbestimmung der Studie im Kontext der Zusammenhänge von Gewalt, Macht und Freiheit. Im Blick auf die Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Individuum spannte ich einen ideengeschichtlichen Bogen zu Grundfragen politischer Ethik und historischer Machtprozesse. Ich blickte von der europäischen Antike über naturrechtliche Fragen im Denken der Stoa und des frühen Christentums hin zum christlichen Menschenbild, das mit der Idee der Gottesebenbildlichkeit des Menschen die gewichtigste Begründung der Menschenwürde entwickelt hat. Im dritten Kapitel zeichnete ich den verschlungenen Weg nach von Herrschaftsbegrenzungsverträgen im späten Mittelalter bis zum neuzeitlichen Durchbruch der Menschenrechtsidee im Kontext von Gewaltenteilung und Rechtsstaatsentwicklung. Denkern wie John Locke und der amerikanischen Freiheitsrevolution räumte ich besonderen Raum ein. Im vierten Kapitel rekonstruierte ich den Weg der Verankerung der Menschenrechte im Zuge der neuzeitlichen Verfassungsentwicklung und spannte den Bogen bis zur Universalisierung der Menschenrechte als Völkerrechtsnorm im 20. Jahrhundert sowie zu dem daran anknüpfenden politisch-völkerrechtlichen Deutungswettkampf.⁴³ Der erste Teil meiner Studie war eine klassische Quellen- und Textexegese im westlichen Kontext.

Im zweiten Teil unternahm ich eine tour de force durch jene kulturgeschichtlichen und ideenpolitischen Räume der Erde, in denen das Verhältnis des einzelnen Menschen zu Gesellschaft und politischer Ordnung historisch gesehen vor allem nichtpersonale Deutungen hervorgebracht hat. In diesem Kontext verortete ich die eigentlichen Anfechtungen eines universalen Menschenrechtsverständnisses. Mit dieser normativen Perspektive ging ich weit über positivistische Bestimmungen des nationalen Verfassungsrechts und des Völkerrechts hinaus. Es war mir wichtig, von „den Anderen“ her zu lesen und sie in ihren genuinen Denkwegen zu verstehen, ohne sogleich eine west-

43 Ebenda, Seite 25-132.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

zentrierte Brille der Deutung kultureller und politischer Eigenwege in nicht-westlichen Zivilisationen der Erde anzulegen. Ich beleuchtete zunächst das politische Denken in marxistisch-leninistischer Tradition als Ausdruck einer gleichsam innerwestlichen Herausforderung an den personalen Menschenrechtsbegriff. Bei diesem Kapitel schien meine Studienprägung im Geiste des Antitotalitarismus besonders durch. Danach öffnete ich den Blick auf andere Kulturkreise, die ich damals bereits oberflächlich in Augenschein hatte nehmen können. Ich analysierte den islamischen Rechtskodex in seinem Spannungsverhältnis zur Idee menschenrechtlicher Universalität. Ich führte ein in das kosmische Denken und die Bedeutung der Ethik der Kastenordnung in der politischen Kultur Indiens. Ich griff Erfahrungen aus meiner Studienzeit in Tokio auf und vertiefte sie im Blick auf japanische Menschenrechtsinterpretationen, die ich als Teil der allgemeinen Modernisierungsstrategie des Landes bei gleichzeitiger Bewahrung seiner genuin national-ethnischen Identität ansah. Ich setzte mich auseinander mit den kulturwissenschaftlichen und ideenpolitischen Traditionen Chinas zwischen konfuzianischer Pflichtenethik und zeitgenössischer kommunistischer Menschenrechtsdeutung. Schließlich räumte ich in meiner Analyse breiten Raum den Zusammenhängen und Interpretationen von Freiheit und Entwicklung im Kontext der Prozesse afrikanischer Nationalstaatsbildung ein.⁴⁴

Im weiteren Verlauf meiner Studie legte ich eine systematische politikwissenschaftliche Analyse der Spannungsverhältnisse von Universalismus und Relativismus vor und ebenso von Begriffskontroversen und Verwirklichungsbedingungen der Menschenrechte. Heute würde ich gewiss deutlicher werden und nicht allein die Hoffnung auf die Transformationskraft des interreligiösen und interkulturellen Dialogs setzen. 1987 schob ich solche Zweifel eher beiseite und behandelte zügig pragmatisch-politische Fragen im Blick auf die Bedingungen, um Prioritäten zwischen einzelnen menschenrechtlichen Normen zu setzen. Ich erörterte ein wenig blutleer politiktheoretische Fragen des Verhältnisses von Menschenrechtsidee und Demokratiekonzeption. Schließlich ging es mir darum, politische Durchsetzungs-

44 Ebenda, Seite 133-278.

möglichkeiten für das Anliegen der Menschenrechte aufzuzeigen. Ich unterschied begrifflich zwischen Universalität und Universalisierung. Angesichts von kulturbedingten und politischen Kontroversen um die Universalitätsidee würde man in der internationalen Ordnung beziehungsweise im Blick auf die Gesamtheit der Staaten der Erde wohl nur schrittweise zu Universalisierungen einzelner Menschenrechte gelangen können, argumentierte ich. Ich endete mit einer politikphilosophischen Reflexion über die Reichweite und stabilitätssichernde Kraft der Menschenrechtsidee und der sie tragenden Ethik eines sittlich autonomen Menschen, der in sozialer und politischer Verantwortung steht.⁴⁵ Hier schrieb offensichtlich ein aufklärungsgewisser Westler.

(c) Mit einem dritten Thema, das mich in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren umtrieb, erweiterte ich meinen Blick über menschliches Leid und seine normative Beantwortungshoffnung hinaus auf politische Ordnungsfragen. Ich drang vor zu den machtpolitischen Voraussetzungen einer stabilen Weltordnung und stellte die politiktheoretische und politikpraktische Frage nach den Bedingungen von Staatlichkeit als Grundlage der Weltpolitik. Mein nächster Buchtitel lautete „Stufen der Souveränität. Staatsverständnis und Selbstbestimmung in der ‚Dritten Welt‘“. Diesmal setzte ich gleich im Untertitel „Dritte Welt“ in Anführungsstriche und sprach in meinem Text von der südlichen Hemisphäre.⁴⁶ „Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist nicht das Ende der Geschichte erreicht worden. Vielmehr kommt eine neue Tagesordnung auf die Politik zu, deren Konturen Schritt für Schritt sichtbar werden,“ schrieb ich im Vorwort. Und weiter:

„Zu ihnen gehört je länger desto stärker der Gesamtkomplex der Beziehungen zwischen den Industrieländern der nördlichen Hemisphäre und den als Entwicklungsländern bezeichneten Staaten der südlichen Hemisphäre. Ihre Sorgen und Forderungen werden die Politik des Nordens in Zukunft immer unausweichlicher beschäftigen.“⁴⁷

Ich wagte die Prognose, dass es in dieser Hinsicht vorwiegend um Fragen gehen wird, „die den Anspruch auf Souveränität und damit das staatliche

45 Ebenda, Seite 281-384.

46 Ludger Kühnhardt, *Stufen der Souveränität. Staatsverständnis und Selbstbestimmung in der ‚Dritten Welt‘*, Bonn/Berlin: Bouvier Verlag 1992.

47 Ebenda, Seite 1.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Selbstverständnis der Staaten des Südens in einer immer interdependenten Weltgemeinschaft berühren.“ Politische Wissenschaft müsse sich, so meinte ich kühn, wieder einmal mit ihrer synoptischen Kraft bewähren: Ideengeschichte und Internationale Beziehungen müssten zusammengedacht werden. Man hätte auch sagen können: Ideologiebildung und Geopolitik. Wenn ich es recht sehe: Eine Generation später ist dieser Ausgangsbefund für jede weiterführende Forschung unausweichlich geworden.

In Kapitel I unterzog ich die südliche Hemisphäre einer Neubewertung aus einer weithin vernachlässigten Perspektive: aus der Perspektive des Souveränitätsbegriffs. Das war auch eine Absage an einen ökonomischen und zugleich szientistischen Entwicklungsbegriff, der damals wie heute noch immer die Diskussionen über die Dritte Welt dominiert. Ich plädierte dafür, alle Länder der Dritten Welt politisch ernst zu nehmen und daher nach Ziel, Reichweite und Grenze des Souveränitätsanspruchs zu fragen, mit dem sie den Weg in die Unabhängigkeit erstritten hatten. Ich spannte den Bogen von Jean Bodin, der die Theorie von der Staatssouveränität im 16. Jahrhundert formuliert hatte, bis zu modernen Völkerrechtsdefinitionen und zeitgenössischen Theorien über Selbstbestimmung. In diesem Kontext mussten die Staaten der südlichen Hemisphäre neu bewertet werden, argumentierte ich, denn sie wollten doch vor allem eines: souverän sein. Ich entwickelte ein Modell unterschiedlicher Stufen von Souveränität, die die Länder der südlichen Hemisphäre offenbar zu durchlaufen haben. Ich verwies auf die Ambivalenzen, die sich aus diesem Anspruch für das zunehmende Zeitalter der Globalisierung ergeben können.⁴⁸ Kapitel II beleuchtete das Verlangen nach kultureller Selbstvergewisserung. Ich bereitete Befunde kultureller Identitätssuche zur Kolonialzeit und vor der Dekolonialisierung auf.⁴⁹ Kapitel III widmete sich den unterschiedlichen romantischen Pan-Ideen (Pan-Afrikanismus, Pan-Arabismus) und dem realpolitischen Sieg des Territorialprinzips. Es konnte nicht ausbleiben, dass die Durchsetzung des Territorialprinzips bei der Dekolonialisierung auf allen Kontinenten einen unvermeidlichen Preis haben musste: Vor allem in ökonomischer Hinsicht blieben die neuen

48 Ebenda, Seite 2-34.

49 Ebenda, Seite 35-85.

Länder zunächst einmal auf sich allein gestellt.⁵⁰ In Kapitel IV. analysierte ich die politischen, ökonomischen und gesellschaftlich-kulturellen Folgen der Unabhängigkeit.⁵¹ Gesellschaftliche Kohäsion musste in vielen Ländern künstlich erzeugt oder erzwungen werden. Sozialistische Visionen boten sich an. Aber sie führten zumeist zur baldigen Überforderung vieler Staaten in der südlichen Hemisphäre, wie ich in Kapitel V. ausführlich und mit vielen Beispielen unterlegt, erläuterte.⁵²

Mit dem scheinbar (oder angeblich) unvermeidlichen Zwang zu diktatorischen Einschränkungen politischer Freiheit im Namen staatlicher Einheit drängte sich ein intellektuelles Spannungsfeld in vielen Ländern der südlichen Hemisphäre in den Vordergrund: Dasjenige zwischen der Idee der Staatssouveränität und der Idee der Volkssouveränität. Kapitel VI. analysierte diese Dimension von Entwicklungs- und Fortschrittsideologien, die schlimme Desillusionierungen in vielen Gesellschaften der südlichen Hemisphäre zur Folge hatte. Mißtrauen, Radikalisierung und Bürgerkriege wurden in nicht wenigen Fällen zum bitteren Lehrgeld dieser Staaten.⁵³ Die härteste Desillusionierung aber entstand in dem Bereich, in dem die ursprüngliche Souveränität so hohe Hoffnungen erzeugt hatte: Im Bereich der strategischen Souveränität, das heisst hinsichtlich der Relevanz eines Staates in der Schlangengrube der globalen Machtkämpfe. In Kapitel VII. sprach ich von einer Mausefalle, in die viele Staaten sich hineinbegeben hatten. Ich erwähnte anschauliche Beispiele der ungleichen Verteilung von harten militärischen Machtfaktoren.⁵⁴ Aber auch der pragmatische Weg der Förderung wirtschaftlicher Interdependenzen würde weiterhin ambivalente Ergebnisse in der südlichen Hemisphäre schaffen, argumentierte ich in Kapitel VIII. Globalisierung werde offenkundig immer weiter gehen und mit ihr die wechselseitigen Interdependenzen zunehmen.⁵⁵ Erst recht aber würden, so prog-

50 Ebenda, Seite 86-123.

51 Ebenda, Seite 124-166.

52 Ebenda, Seite 167-209.

53 Ebenda, Seite 210-251.

54 Ebenda, Seite 252-292.

55 Ebenda, Seite 293-329.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

nostizierte ich, in einer Welt globaler Interdependenzen die Souveränitätsansprüche vieler Staaten der Erde angefochten werden. Ich hätte ein Wort hinzufügen sollen: Ukraine.

In Kapitel IX fragte ich daher, was denn wohl nach der Souveränität kommen könnte.⁵⁶ Ich sprach von der „Unterwanderung“ der Souveränitätsidee, ohne den später so beliebten Begriff der fragilen Staatlichkeit schon zu kennen. Eher zurückhaltend erwähnte ich die europäische Erfahrung mit dem supranationalen Souveränitätszusammenschluss, weil mir in der südlichen Hemisphäre einstweilen nicht einmal der Prozess der nationalen Souveränitätsdurchsetzung vollkommen abgeschlossen schien. Immerhin: Ich dachte damals ebenso an den Nahen Osten wie an die westlichen und die zentralasiatischen Randzonen Russlands, auch an den Kaukasus. Die Dekolonialisierungsfrage hatte Eurasien damals erst ansatzweise erfasst. Die imperial-hegemonialen und zugleich diktatorischen Beharrungskräfte aber waren dabei, sich zu erneuern, vor allem in Russland und in ganz eigener Weise in China, wie wir heute mit aller Klarheit wissen. 1992 wagte ich mich naiv-idealistisch vor mit Stichworten zur Entwicklung einer Weltinnenpolitik und zum Thema region-building, das mich später sehr systematisch beschäftigen sollte. Wichtiger als die Überschrift schien mir der Themenfokus: Bevölkerungsentwicklung, Aufrüstung, Umweltfragen, die kulturellen und psychologischen Folgen der Modernisierung. Nur gemeinsam, so träumte ich, würde die Menschheit mit diesen Herausforderungen und ihren Folgen zu recht kommen.

Mit einem Fragezeichen versah ich 1992 meine Hoffnung, ob in Europa der Souveränitätszusammenschluss unter dem Dach der Europäischen Union auf Dauer gelingen werde? Wenn die EU gelingen sollte, was ich mit Bedachtsamkeit annahm, konnte dies allein den weltgeschichtlichen Zweck haben, „dass Europa „seine globale Verantwortungsfähigkeit sehen und annehmen wird.“⁵⁷ Eines würde künftig sicher nicht mehr gehen: Dass Europa sich ent-

56 Ebenda, Seite 330-346.

57 Ebenda, Seite 166.

koppeln könnte von den Entwicklungen in der „Dritten Welt“. Die Konsequenzen zu negieren, die der globale Süden für Europas Schicksal bedeutet, wäre schlechterdings nicht mehr möglich, schrieb ich. Mein Fazit 1992:

„Die nächsten Stufen der Souveränität, vor denen die Völker und Staaten der südlichen Hemisphäre stehen, betreffen auch Europas Zukunft... Der sich vereinende Norden und der orientierungssuchende Süden bleiben aufeinander angewiesen und miteinander verwoben.“⁵⁸

Die seitherige Entwicklung hat diese Prognose in vielerlei Hinsicht mit großem Tempo überholt: Migration, Klimawandel, Corona – man braucht nur die Stichworte zu nennen, um die Diskurse der Gegenwart und für weitere Jahrzehnte aufzurufen.

III. Verknüpfte Welten – Wendepunkt 2021: Der Fall von Kabul

Ich komme zu meinem dritten Teil und damit zu einem Wendepunkt meines Denkens im Blick auf den Begriff des Fortschritts. Zwischen meiner Antrittsvorlesung als Privatdozent 1987 und dieser Analyse kurz vor meiner Emeritierung als Professor an der Bonner Universität liegen 37 Jahre. Ich habe hoffentlich immer wieder dazugelernt und vor allem gelernt, auch in Zukunft dazuzulernen. In den Jahren zwischen 1987 und 2024 hatte ich das große Privileg zu erleben, wie die verschiedenen Welten dieser Welt sich immer mehr verknüpften. Noch größer war das Privileg, über diese Erlebnisse zu reflektieren, und über die daraus erwachsenen Erkenntnisse zu lehren und zu schreiben. Ausgangspunkt meines Denkens war die Einheit der Welt oder das, was ich für die Umstände dieser Einheit hielt – empirisch und normativ. Ich erlebte verschiedene Zeitenwenden und Wendezeiten. Der Fall der Berliner Mauer und die Folgen der Überwindung der Teilung Europas führten mich nach 1989 zurück in das Zentrum meiner Herkunft. Eine lange Reihe von seither erschienenen Buchtiteln erinnern an mein Ringen mit normativen, ideengeschichtlichen, demokratietheoretischen, zeithistorischen und europapolitischen Fragen: „Die Europäische Union und die föderale

58 Ebenda, Seite 166.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Idee⁵⁹; mit meinen Studenten Gerd Leutenecker, Martin Rupps und Frank Waltmann „Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich“⁶⁰; „Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang“⁶¹; „Jeder für sich und alle gegen alle. Zustand und Zukunft des Gemeinns“⁶²; „Mitten im Umbruch“⁶³; „Von der ewigen Suche nach Frieden. Immanuel Kants Vision und Europas Wirklichkeit“⁶⁴; „Beyond divisions and after“⁶⁵; „Zukunftsdenker. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend“⁶⁶; „Von Deutschland nach Europa. Geistiger Zusammenhalt und ausenpolitischer Kontext“⁶⁷; „Die Europäische Union – Fragen zur Erweiterung“⁶⁸; „Constituting Europe. Identity, institution-building and the search for a global role“⁶⁹; „Erweiterung und Vertiefung. Die Europäische Union im Neubeginn“⁷⁰; „European Union – The second founding. The changing

- 59 Ludger Kühnhardt, Europäische Union und föderale Idee, München: C.H.Beck, 1993.
- 60 Ludger Kühnhardt, Gerd Leutenecker, Martin Rupps und Frank Waltmann (Hrsg.), Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich, Frankfurt am Main: Peter Lang, 1994 (2. Auflage 1996).
- 61 Ludger Kühnhardt, Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München: Günter Olzog Verlag, 1994 (türkische Ausgabe 2003).
- 62 Ludger Kühnhardt, Jeder für sich und alle gegen alle. Zustand und Zukunft des Gemeinns, Freiburg: Herder Verlag, 1994.
- 63 Ludger Kühnhardt, Mitten im Umbruch. Historisch-politische Annäherungen an Zeitfragen, Bonn: Bouvier Verlag, 1995.
- 64 Ludger Kühnhardt, Von der ewigen Suche nach Frieden. Immanuel Kants Vision und Europas Wirklichkeit, Bonn: Bouvier Verlag, 1996.
- 65 Ludger Kühnhardt, Beyond divisions and after. Essays on democracy, the Germans and Europe, Frankfurt am Main/New York: Peter Lang, 1996.
- 66 Ludger Kühnhardt, Zukunftsdenker. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend, Baden-Baden: Nomos, 1999.
- 67 Ludger Kühnhardt, Von Deutschland nach Europa. Geistiger Zusammenhalt und ausenpolitischer Kontext, Baden-Baden: Nomos, 2000.
- 68 Ludger Kühnhardt, Die Europäische Union – Fragen zur Erweiterung, Berlin: Auswärtiges Amt/Europäische Kommission, 2001 (3. Auflage 2003).
- 69 Ludger Kühnhardt, Constituting Europe. Identity, institution-building and the search for a global role, Baden-Baden: Nomos, 2003.
- 70 Ludger Kühnhardt, Erweiterung und Vertiefung. Die Europäische Union im Neubeginn, Baden-Baden: Nomos, 2005.

rationale of European integration“⁷¹; Crisis in European integration. Challenges and responses 1945–2005“⁷²; „Europa: Innere Verfassung und Wende zur Welt. Standortbestimmung der Europäischen Union“⁷³; „Identität und Weltfähigkeit. Sichtweisen aus einem unruhigen Europa“⁷⁴; „Das politische Denken der Europäischen Union“⁷⁵ und „Zwischen den Zeiten“⁷⁶ sind die wichtigsten Buchtitel, die von meinem Ringen mit Europa berichten. Es waren Jahrzehnte, in denen Europa schwankte – zwischen Freiheitsaufbruch und Geschichtsgewissheit, Stolz und Überheblichkeit, Naivität und Selbstgefährdung, Krisenmanagement und Selbstbehauptung. Im Ergebnis bleiben Integrationserfolge und verbesserte Weltfähigkeit, zugleich aber naive Selbstüberhebung und nagende Selbstzweifel. In Europa sind defätistische Selbstzerstörung und überhebliche Selbstbezogenheit nie fern. Und doch: Europa lebt.

Der Blick über Europa hinaus blieb mir in den vergangenen Jahrzehnten stets präsent. Mehr noch: Ich dachte wie zu Beginn meines Weges von der Welt her und so dachte ich stets auch Europa. Einige Buchtitel berichten vom Spektrum meiner Bemühungen: „Atlantik-Brücke. Fünfzig Jahre deutsch-amerikanische Partnerschaft“⁷⁷; „Region-Building, Vol. I. The Global

71 Ludger Kühnhardt, European Union – The second founding. The changing rationale of European integration. Baden-Baden: Nomos, 2008 (2. erweiterte Auflage 2010).

72 Ludger Kühnhardt (ed.), Crises in European integration. Challenges and responses 1945–2005, Oxford/New York: Berghahn Books, 2009.

73 Ludger Kühnhardt, Europa: Innere Verfassung und Wende zur Welt. Standortbestimmung der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos, 2010.

74 Ludger Kühnhardt, Identität und Weltfähigkeit. Sichtweisen aus einem unruhigen Europa. Baden-Baden: Nomos, 2020.

75 Ludger Kühnhardt, Das politische Denken der Europäischen Union. Supranational und zukunfts offen, Paderborn: UTB/BrillFink, 2022.

76 Ludger Kühnhardt, Zwischen den Zeiten, Baden-Baden: Nomos, 2024.

77 Ludger Kühnhardt, Atlantik-Brücke. Fünfzig Jahre deutsch-amerikanische Partnerschaft, Berlin: Propyläen, 2002.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Proliferation of Regional Integration“ und „Region-Building, Vol. II. Regional Integration in the World: Documents“⁷⁸; „Africa Consensus. New Interests, Initiatives and Partners“⁷⁹; „The Global Society and Its Enemies. Liberal Order Beyond the Third World War“⁸⁰. Mit der „Bonner Enzyklopädie der Globalität“⁸¹ legte ich 2017 mit 110 Bonner Kolleginnen und Kollegen zum 200. Jubiläum der Bonner Universität eine Visitenkarte der Geisteswissenschaften vor, die in multipler Weise Anstöße für Forschung und Lehre gibt und weiterhin geben wird – auch über die englische Ausgabe „The Bonn Handbook of Globality“. Mit „Verknüpfte Welten. Notizen aus 235 Ländern und Territorien“ übergab ich 2022 meine Eindrücke aus aller Welt künftiger Forschung als Quelle für die Deutungen der globalen und europäischen Entwicklungen zwischen 1960 und 2020.⁸² In meiner 2023 erschienenen Werkbiographie „Impulsgeber“ referiere ich über manches mehr, was hier nicht erwähnt werden kann. Es gehört aber dazu, wenn jemand – was ich kaum erwarte – tatsächlich Interesse daran haben sollte, das ganze Bild meiner bisherigen wissenschaftlichen Ansätze und Bemühungen kennenzulernen.⁸³

Ich habe in den genannten Texten die Argumente für meine These ausbreitet, dass und warum die Menschheit zwischen dem frühen 20. Jahrhundert und dem Ausbruch der Corona-Pandemie in einer Art Zwischenepoche gelebt hat, die nun zu Ende gekommen ist. Symbolisch ist die Corona-Pandemie nicht nur ein game changer für viele Themen geworden. Sie ist auch

78 Ludger Kühnhardt, Region-Building, Vol. I. The Global Proliferation of Regional Integration, Oxford/New York: Berghahn, 2010; Derselbe (ed.), Region-Building, Vol. II. Regional Integration in the World: Documents, Oxford/ New York: Berghahn, 2010.

79 Ludger Kühnhardt, Africa Consensus. New Interests, Initiatives and Partners, Washington D.C.: Woodrow Wilson Center Press/Baltimore: Johns Hopkins University Press, 2014.

80 Ludger Kühnhardt, The Global Society and Its Enemies. Liberal Order Beyond the Third World War, Cham: Springer International, 2017.

81 Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.), Bonner Enzyklopädie der Globalität. 2 Bände, Wiesbaden: Springer, 2017 (englische Version: Dieselben (eds.), The Bonn Handbook of Globality. 2 vol., Cham: Springer International, 2019).

82 Ludger Kühnhardt, Verknüpfte Welten. Notizen aus 235 Ländern und Territorien (Band I: 1960-1999; Band II:2000-2020), Wiesbaden: Springer, 2022

83 Ludger Kühnhardt, Impulsgeber zwischen Wissenschaft, Politik und Publizistik. Eine Werkbiographie, Wiesbaden: Springer, 2023.

ein name changer für die Signatur unseres Epochenverständnisses geworden. Erst mit Corona haben wir den global turn komplettiert, der bis dahin seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer nur punktuell und situativ bestanden hatte. Irgendwie sehe ich mich also als Protagonisten einer Zwischenzeit, der sich gleichzeitig immer zwischen den Stühlen unterschiedlicher Methoden, Fragestellungen und Themenzugängen am wohlsten gefühlt hat. Heute und an dieser Stelle geht es mir allein um Einordnung und Bewertung, Selbstkritik und Neuinterpretation des Denkrahmens, der durch meine Antrittsvorlesung 1987 und diese Analyse im Jahr 2024 markiert ist. Wendepunkte gab es manche, Schlüsselerlebnisse auch und Schlüsselbegriffe ebenso. Aber wenn es ein Ereignis war, dass das Leitmotiv dieser Analyse ausgelöst hat, dann war es der 15. August 2021: Ich bezeichne den kampflosen Fall von Kabul an die afghanischen Taliban als die größte Erschütterung, ja Niederlage des westlichen Fortschrittsbegriffs seit Beginn der Aufklärungszeit. Dieses Ereignis ist Datum und Symbol zugleich. Der kampflose Fall von Kabul an die Taliban zwingt zu einer Neubewertung der Idee des Fortschritts und ihres Verhältnisses zu anderen Denkparametern, die das westliche Selbstbild definieren. Ich würde sogar weitergehen: Der Fall von Kabul 2021 lässt den Vergleich mit dem Erdbeben von Lissabon 1755 als ein das vorherrschende Denken erschütterndes Ereignis zu. Dabei sind die Umstände und die Folgerungen selbstverständlich sehr unterschiedlich.

Das Erdbeben von Lissabon am 1. November 1755 war nicht nur eine der größten Naturkatastrophen in der europäischen Geschichte. Es wurde ständig wiederholter Referenzpunkt für intellektuelle Auseinandersetzungen in der europäischen Geistesgeschichte. Das alte Theodizee-Problem erhielt neue Nahrung: Wie konnte Gott ein solche Katastrophe zulassen, und dann auch noch in einem solch gut-katholischen Land wie Portugal? Wie ließ sich Gott angesichts eines solchen Ereignisses überhaupt noch rechtfertigen? Aber auch die Deutung der säkularen Welt geriet ins Wanken: In seinem Roman „Candide“ spottete Voltaire 1759 über die seinerzeit weit verbreitete These, man lebe doch angeblich in der besten aller Welten. In seinem „Poème sur le désastre de Lisbonne“, eine Art Vorspann zu „Candide“, prüfte Voltaire das Axiom „Tout est bien“. Er reihte Frage an Frage und setzte Hoffnung gegen Hoffnung:

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

„Quelque parti qu'on prenne, on doit frémir, sans doute.
Il n'est rien qu'on connaisse, et rien qu'on ne redoute.
La nature est muette, on l'interroge en vain;
On a besoin d'un Dieu qui parle au genre humain.“⁸⁴

Und, ein wenig später:

„Que suis-je, où suis-je, où vais-je, et d'où suis-je tiré?
Atomes tourmentés sur cet amas de boue,
Que la mort engloutit, et dont le sort se joue.“⁸⁵

Schließlich:

„Le passé n'est pour nous qu'un triste souvenir ;
Le présent est affreux, s'il n'est point d'avenir,
Si la nuit du tombeau détruit l'être qui pense.
Un jour tout sera bien, voilà notre espérance ;
Tout est bien aujourd'hui, voilà l'illusion.“⁸⁶

Einen Bogen von 1755 zu 2021 schlägt, unbeabsichtigt gewiss, der letzte Absatz des Gedichts von Voltaire:

„Un calife autrefois, à son heure dernière,
Au Dieu qu'il adorait dit pour toute prière :
« Je t'apporte, ô seul roi, seul être illimité,
Tout ce que tu n'as pas dans ton immensité,

84 Voltaire, Poème sur le désastre de Lisbonne, online unter: https://fr.wikisource.org/wiki/Po%C3%A8me_sur_le_d%C3%A9sastre_de_Lisbonne/%C3%89dition_Garnier. Deutsche Übersetzung: Voltaire, Das Erdbeben von Lissabon oder: Prüfung des Satzes: „Alles ist gut“, online unter: <http://www.literaturlive.de/salon/voltaire.pdf>: „Zu welchem Glauben wir uns wenden mögen, Der eine wie der andre macht uns schaudern. Nichts, das wir kennen, giebt es, nichts, was wir Nicht fürchten. Die Natur ist stumm, vergebens Befragt man sie: der Lehre eines Gottes Bedarf der Sterblichen Geschlecht, um endlich Zur rechten Kunde zu gelangen.“

85 Ebenda. Deutsche Übersetzung: „Sagt mir: wer bin ich? wo? wohin? woher? Atome sind wir, Pünktchen nur, mit Qual Belastet, an ein Häufchen Koth gebannt.“

86 Ebenda. Deutsche Übersetzung: „Nur unsern Kummer weckt das Angedenken An das Vergangne, und die Gegenwart Ist schauervoll, wenn's keine Zukunft giebt, Wenn Grabesnacht, was in uns denkt, zerstört. Dereinst wird Alles gut, das hoffen wir; Doch Täuschung ist's, daß jetzt schon Alles gut sei.“

Ludger Kühnhardt

Les défauts, les regrets, les maux, et l'ignorance. »

Mais il pouvait encore ajouter l'espérance“⁸⁷

Von Goethe über Kleist, von Walter Benjamin über Reinhold Schneider bis zu Peter Sloterdijk, und sogar in Kompositionen von Georg Friedrich Telemanns „Donner-Ode“ über Leonard Bernsteins Operette „Candide“ bis zur zeitgenössischen portugiesischen Metal-Band „Moonspell“ hat das Echo auf das Erdbeben von Lissabon 1755 immer wieder nachgeklungen. Wird man dies eines Tages auch vom Fall von Kabul 2021 sagen?

2021 war die Lage natürlich in einer Hinsicht sehr anders als 1755: Das Erdbeben von Lissabon erschütterte Europa. Der kampflose Fall von Kabul an die Taliban erschütterte die Welt – oder am Ende doch nur den Westen und selbst das lediglich temporär? In meiner Wahrnehmung bestätigte sich mit dem Fall von Kabul geradezu ikonographisch, wie sehr Europa unterdessen der Welt ausgesetzt ist. Zugleich bestätigte der Fall von Kabul die tiefgreifenden Erschütterungen, die diese Wende zur Welt für den Westen zur Folge haben kann und vermutlich noch weiter haben wird. Während der Westen 2021 schockiert war über seine größte internationale politische Niederlage seit Jahrzehnten, war von der Frage nach Gott und seiner Rechtfertigung dieses Fanals im christlich-jüdischen Kontext, anders als durchaus bei Voltaire, nichts mehr zu hören. Stattdessen hörte die Welt das Triumphgebet der Taliban zu ihrem muslimischen Gott, der doch im Grunde der gleiche ist wie der monotheistische Gott von Christen und Juden. Ich spitze nur bedingt zu: 2021 wurde in Kabul ein in seinen Grundfesten erschütterter, säkular entleerter westlicher Fortschrittsuniversalismus stärker denn je zuvor herausgefordert durch einen scheinbar zukunfts gewissen islamistischen Gegenuniversalismus.

Voltaire rang in seiner Zeit mit dem christlichen Glauben. Ohne die Dialektik von Glauben und Glaubensabkehr im Namen der Vernunft rationalität war

87 Ebenda. Deutsche Übersetzung: „Zu Gott, den er im Staub verehrte, sprach Einst ein Kalif in seiner letzten Stunde Als einziges Gebet die frommen Worte: „Ich bringe dir, alleiner höchster Herrscher, Dir, einzig unbeschränktes Wesen, Alles, Was du entbehrst in Deiner Herrlichkeit Und nur uns Erdenwürmern wolltest gönnen: Schuld, Reue, Elend und Unwissenheit.“ – Doch hätt er auch die Hoffnung nennen können.“

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

das Aufklärungszeitalter nicht zu denken. Unterdessen hatte Gleichgültigkeit an Glaubensfragen einen starken Stellenwert in der westlichen Alltagskultur. Zugleich ging die aggressive Herausforderung des Islamismus nicht einmal mehr an Voltaire vorbei: Nach einer Beschmutzung durch Islamisten wurde in Frankreich eine Statue von Voltaire schon über zwei Jahre lang gesäubert und in einem Depot „weggeschlossen“, wie Jürg Altwegg am 9. Juni 2022 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schrieb. Mit ungewohnter Klarheit bezeichnete Altwegg den Vorgang als „Symbol der geistigen Kapitulation Frankreichs vor dem Islamismus.“⁸⁸

Bereits 2013 hatte ich in Afghanistan in die Abgründe dessen schauen können, was dann 2021 keinesfalls urplötzlich unumstößliche Wirklichkeit wurde. 2001 war die Besetzung Afghanistans als westliche Antwort auf die furchtbaren Terroranschläge des 11. September in den USA erfolgt. Nie wieder sollte von Afghanistan aus Terror die Welt erschüttern, hieß das aufklärungsgewisse, wengleich kultursoziologisch und völkerrechtlich Widerspruch provozierende westliche Diktum. Osama bin Laden aber wurde einstweilen nicht gefunden. 2011 fanden ihn amerikanische Spezialkräfte dann, aber keineswegs in Afghanistan, sondern in Pakistan. Dort war die Taliban-Bewegung nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979 überhaupt erst entstanden. Pakistan betrieb weiterhin, wie eh und je, eine verwirrende Schaukelpolitik gegenüber dem Westen. Aber Afghanistan blieb das prominenteste Symbol für ein neues great game am Hindukusch. Anstatt 2011 „mission accomplished“ zu erklären und die ursprüngliche Stabilisierungsaufgabe im Erfolg zu beenden, überdehnte die internationale Stabilisierungsmission ISAF ihr Mandat. Die Ziele wurden immer ungenauer. Das Scheitern wurde immer unausweichlicher. Mein Aufenthalt in Afghanistan fand 2013 zu einem Zeitpunkt statt, den die westlichen Ordnungsmächte als Jahr der Vorbereitung sahen, um ihre Schutztruppen 2014 endlich abzuziehen. Aber auch dann passierte dies nicht. Für die nächsten acht Jahre wurden Ziele und Begründungen westlicher Militärpräsenz am Hindukusch immer

88 Jürg Altwegg, So kapituliert Frankreich vor den Islamisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.Juni 2022, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/frankreich-kapituliert-vor-islamisten-voltaire-statue-weggesperrt-18088984.html>.

konfuser. Unter der Oberfläche aber wurden je länger desto unausweichlicher den idealistisch-naiven Vorstellungen eines extern induzierten demokratischen nation-building unter den extrem vormodernen und vor allem autochthonen Umständen des Lebens in Afghanistan der Boden entzogen. Hypertrophie schlug in Hilflosigkeit um bis die Taliban das Land wieder kampflos übernahmen.

Ich hatte bereits 2013 in Afghanistan äußerst ambivalente Eindrücke gewonnen, über die ich direkt im Anschluss an meinen Aufenthalt schrieb: Ich hatte durchaus auch normalen Alltag nach Jahren der Konflikte gesehen. Aber Unsicherheit war schon damals allerorten in Afghanistan mit Händen zu greifen, wie es wohl weitergehen würde, wenn die westlichen Stabilisierungstruppen abziehen. Nie kolonialisiert, war Afghanistan immer ein echter Sonderfall unter den vielen Ländern der südlichen Hemisphäre geblieben. Afghanen, so zerklüftet und zerstritten sie untereinander auch waren, wollten niemals von außen gesteuert und beherrscht werden. Das war vor und nach 2001 im Grunde genommen nie anders. Überdies fehlten die sozialen und institutionellen Wurzeln, um eine von außen nur mühsam militärisch konsolidierte Sicherheitslage im Innern abzusichern. Die Judikative war schwach geblieben. Es gab keine gesicherte ökonomische Existenz ohne ausländisches Geld. Natürlich gab es, wie schon in den zwei Jahrhunderten zuvor, Afghanen, die den Westen als Modell empfanden und Kabul gerne als Paris des Hindukusch erstrahlen lassen wollten. Natürlich gab es Hoffnungen und leuchtende Augen von Kindern, die zur Schule gehen konnten, und von Frauen, die sich freier denn je bewegen konnten. Natürlich gab es 2021 leicht zu identifizierende Schuldzuweisungen über das Versagen einer vom Westen alimentierten afghanischen Führung. Aber eine tieferliegende Ursachenanalyse muss ehrlich sein: Die strukturellen Voraussetzungen auch einer leidlichen Verwestlichung, nach japanischem Muster beispielsweise, fehlten in Afghanistan zu jederzeit. Mehr noch: Tiefgreifende Skepsis über die Idee der Verwestlichung war dort immer stark ausgeprägt. Eine Pashtu-Version des Islam kam auch nach 2001 in den westlichen Konzepten zur Zukunft Afghanistans nicht vor. Eine Antwort auf die Veränderungsbedingungen einer tribalistischen Stammeskultur konnte niemand geben. Schlimmer noch: Die soziale Struktur einer sich modernisierenden Gesellschaft

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

wurde im Westen falsch eingeschätzt. Die Internationale Stabilisierungstruppe ISAF war beeindruckend professionell. Aber sie konnte mir 2013 nicht die Zweifel nehmen, ob ein militärischer Ansatz für menschliche Sicherheit jemals würde gelingen können.

2013 sprach man in Afghanistan von einem post-2014, das zugleich eine post-Karzai-Ära werden würde. Die Dompteure der Machbarkeit des Fortschritts unterschieden zwischen der Phase der Transition zwischen 2011 und 2014, der eine Phase der Transformation zwischen 2014 und 2024 folgen sollte. Ich war skeptisch. Afghanistan, so schrieb ich damals, würde weiterhin seinen eigenen Regeln folgen. Das Fehlen eines Gewaltmonopols, veritable Stammestraktionen und hierarchische Sozialstrukturen kontrastierten mit westlichen Begriffen von Freiheit und Anspruchsrechten. Das afghanische Militär und die Polizeikräfte des Landes wurden zwar nach westlichen Mustern ausgebildet. Aber würden sie auch ohne Präsenz westlicher Ausbilder funktionieren, fragte ich schon 2013? Renten-sichernde Strukturen öffneten erkennbar manche Tür für Korruption. Auch blieben die Taliban in all den Jahren natürlich präsent, wenngleich außerhalb der Sichtweite der großen Städte. Afghanistans Problem, so schien es mir bei meinem Aufenthalt dort 2013, war nicht Armut, sondern zu viel Geld, das in das Land gepumpt wurde. Bis 2013 waren es schon 700 Milliarden Dollar. Bis 2021 wurden es 1.400 Milliarden Dollar. Von einer selbsttragenden Wirtschaft war schon 2013 weit und breit nichts zu sehen. Trotz Mitgliedschaft in der Südasiatischen Kooperationsgemeinschaft SAARC blieben die südasiatischen oder auch die südwestasiatischen Nachbarn über alle Jahre hinweg weitgehend unsichtbar. Lediglich die Großmächte des Westens und Russland buhlten um Afghanistan, während auch China sich klug zurückhielt. Im Westen wurde dieses Buhlen übertüncht durch die träumerische Illusion einer konsolidierten Modernisierung mehr oder weniger nach Maßstäben der westlichen politischen Korrektheit.

So konnte ich 2013 im Blick auf die Perspektiven für das Jahr 2024 nur in Kategorien möglicher Szenarien denken und schreiben:

- Denkbar war eine solide verankerte Islamische Demokratische Republik.

- Denkbar war aber auch schon 2013 der Rückfall in eine Taliban-Herrschaft, gegebenenfalls verbunden mit einem neuen Bürgerkrieg, mit Warlords, dem Schmuggel von Waffen, Menschen und Drogen. Ich sprach von der möglichen „De-westernization“ der Frauen und ihrer soeben vom Westen erzwungenen Rechte.
- Denkbar war 2013 auch, dass Afghanistans politische Verhältnisse nicht nur die eigenen Menschen, sondern auch wieder die Welt außerhalb von Afghanistan bedrohen könnte.
- Denkbar war, dass bis 2024 aus Afghanistan eine Militärdiktatur geworden wäre.
- Denkbar war 2013 aber auch bereits, dass am Ende Afghanistan ein Marionettenstaat bleiben würde, ein Spielball für geopolitische und geoökonomische Rivalitäten zwischen dem Westen, China, Russland, Indien und dem Iran.

Im Kern war die Bilanz meiner Einsichten bereits 2013 eindeutig und eindeutig skeptisch. Woran die sowjetkommunistischen Ideologen in den 1970 und 1980er Jahren gescheitert waren, traf spätestens im August 2021 auch auf den Westen und seine Vorstellungen vom Demokratieexport zu: Man kann kein traditionelles islamisches und tribalistisch strukturiertes Volk mit Waffen und Technologie in eine Moderne zwingen, die sozusagen en passant von externen Normen definiert wird.⁸⁹ 2013 galt als Jahr der Vorbereitung. Aber dann wurde der Übergang zur Transformation in Afghanistan vertagt. Der Westen gewöhnte sich daran, wegzuschauen. 2021 kam nicht überraschend für die, die auch weiterhin hingeschaut hatten. Anders als in der Natur

89 Ludger Kühnhardt, Afghanistan 2013: A year of preparation, in: Derselbe, Identität und Weltfähigkeit. Sichtweisen aus einem unruhigen Europa, a.a.O., Seite Seite 633ff. (Erstdruck: Afghanistan: Success and failure of the past decade, in: World Security Network, 22. Juli 2013, online unter: www.worldsecuritynetwork.com/Afghanistan/Kuehnhardt-Prof.-Dr.-Ludger/Afghanistan-Success-and-Failure-of-the-past-Decade; Transition in Afghanistan: Potential and Constraints, in: World Security Network, 24. Juli 2013, online unter: www.worldsecuritynetwork.com/Afghanistan/Kuehnhardt-Prof.-Dr.-Ludger/Transition-in-Afghanistan-Potential-and-Constraints; Transformation in Afghanistan: "We" and "they" or "we" and "us", in: World Security Network, 29. Juli 2013, online unter: www.worldsecuritynetwork.com/no_topic/Kuehnhardt-Prof.-Dr.-Ludger/Transformation-in-Afghanistan-We-and-they-or-we-and-us).

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

gibt es im Bereich des geistig-politischen Denkens eben keine schwarzen Schwäne. Das Udenkbare hätte schon gedacht werden können, bevor es eingetreten ist. Der 15. August 2021 war das Ende einer trostlosen Naivität des westlichen Politikmanagements und der schockierenden Fehlstrategie der Selbstüberschätzung des Westens endgültig erreicht. Ganz in der Tradition der historisch verwurzelten und zugleich systematischen Analyse der Bonner Politikwissenschaft hat mein Bonner Kommilitone Hans-Ulrich Seidt, von 2006 bis 2008 deutscher Botschafter in Afghanistan, die bisher überzeugendste, ebenso selbstkritische wie differenzierte Analyse über Ursachen und Folgen des westlichen Scheiterns in Afghanistan vorgelegt.⁹⁰ Wem das Beispiel Afghanistan nicht reicht, dem sei empfohlen, sich auch mit Lybien und dem Irak, mit Syrien und dem Yemen, mit Mali und Burkina Faso zu beschäftigen, nicht zu vergessen der westliche Balkan und der Sudan. Hans-Ulrich Seidt hat in einem weiteren für einen Diplomaten sehr beachtenswerten, weil ehrlichen und schonungslosen Beitrag von einem „Flächenbrand“ gesprochen, der das westliche Fortschrittsmodell seit dem Ende des Kalten Krieges Zug um Zug, Ort für Ort tiefgreifend aus den Angeln gehoben hat.⁹¹

Wie man es dreht und wendet: Nicht nur symbolpolitisch zwingt der 15. August 2021 zu einer Neubewertung der westlichen Fortschrittsidee. Wem dieses Ereignis und die anderen genannten Erschütterungen noch nicht Grund genug sind, sich mit nüchternem Realitätssinn der neuen Weltunordnung und den damit einhergehenden Machtverschiebungen zu Lasten des Westens zu stellen, möge sich mit der russischen Frage in allen ihren Facetten beschäftigen, über die ich 1994 erstmals sorgenvoll schrieb⁹², und mit dem 24. Februar 2022, dem Tag, an dem Russland ohne Grund die Ukraine überfallen

90 Hans-Ulrich Seidt, Irrwege am Hindukusch. Ursachen und Folgen westlichen Scheiterns in Afghanistan (2001-2021), in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Vol.15/1, März 2022 Seite 39-59, online unter: <https://doi.org/10.1007/s12399-022-00889-6>.

91 Hans-Ulrich Seidt, Betrachtung des Flächenbrands. Diplomatie und Gewalt nach dem Kalten Krieg, in: Mehrwert Diplomatie: Einblicke, Einsichten, Erkenntnisse, Berlin 2023, Seite 167ff.

92 Ludger Kühnhardt, Der Osten des Westens und die „russische Frage“, in: Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik, 49. Jahr, Folge 9, 10. Mai 1994, Seite 239 ff.

hat. Damit bin ich wieder beim Werk von Karl Dietrich Bracher. Zu seinem Vermächtnis gehört ganz zentral die Lehre, dass das, was wir aus der Geschichte hätten lernen können, uns sträflich wieder einholen muss, wenn wir meinen, das Leben gehe weiter, ohne dass wir aus der Geschichte lernen könnten oder lernen wollen.

IV. Die „Brechungen des Fortschritts“⁹³: Karl Dietrich Bracher neu gelesen

In seiner Dissertation von 1948 hat Karl Dietrich Bracher die Frage nach dem Verhältnis von Fortschritt und Verfall als eine menschliche und kulturelle Konstante erforscht. Paradigmatisch hat er die literarischen Diskussionen in der frühen römischen Kaiserzeit gespiegelt an der damaligen Realgeschichte, die im 2. Jahrhundert nach Christus zum endgültigen Ende der Republik und mit der Prinzipatsverfassung zum Kaiserreich geführt hat. Was für die einen – wie Cicero, der stolz auf die römische Republik war – Verfall bedeutete, sahen andere – wie die skeptischen Historiker und Schriftsteller Tacitus, Juvenal oder Polybios – als geradezu unvermeidlich. Andere wiederum – wie die Dichter Plinius, Horaz oder Vergil – empfanden den Durchbruch des römischen Kaisertums als Aufbruch zu neuem, zugleich ins Universale gewendeten Fortschritt. Bracher wagte einen großen Wurf, um die ganze Ambivalenz der Fortschrittsfrage sowohl in politischer als auch in moralischer Hinsicht zu durchleuchten. Ihm ging es um das damalige „Geschichtsbewußtsein“ und „Zeitgefühl“, also um die politische Kultur einer Umbruchzeit.⁹⁴

In den literarischen Äußerungen spiegelten sich kulturelle Einzelfragen wie Redefreiheit und Erziehung, aber auch private und öffentliche Tugenden, psychologische Antriebe des Verfallstopos wie überhebliche Vorstellungen vom Wert der eigenen Zeit. Beim Blick auf das Menschenbild im frühen römischen Kaiserreich stellte Bracher fest, wie eine ganze Zivilisation

93 Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, a.a.O., Seite 11.

94 Karl Dietrich Bracher, *Verfall und Fortschritt im Denken der frühen römischen Kaiserzeit*, Wien/Köln/Graz: Böhlau, 1987, Seite 35.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

schwankte zwischen religiös geprägter Demut und Ruhmsucht, aber auch zwischen Individualisierung und sittlicher Vervollkommnung. Er identifizierte die Krise des politischen Bewusstseins als das Ringen um Selbstbesinnung und Staatsgesinnung. Dieses Ringen schlug sich in der Verfassungsfrage als dem zentralen Machtthema nieder. Ihn interessierte die Formensprache der damaligen Zeit, die ästhetische, historisch-politische und ethische Spuren auch im Münzwesen hinterließ. Schließlich schälte Bracher aus der kaiserzeitlichen Rom-Idee die Ideologie eines neuen Fortschrittsbewusstseins heraus, die zwischen der Idee einer Wiedergeburt Roms und der Notwendigkeit eines permanent gelenkten Fortschritts oszillierte. Bracher untersuchte geradezu mikroskopisch „Verschmelzungsvorgänge“ wie die Umdeutung bisheriger Topoi, Prozesse der Inkulturation, das Auseinanderfallen von Staat und Religion in der niedergehenden Republik und die Neuaufstellung des römischen Weltreiches im Zeichen von Kaiserkult und Christentum.

Sorgen um die Vergänglichkeit des Daseins, Todessehnsüchte und Sinnverlust standen neben neuem Erwachen von Jenseitsglauben und Schicksalsbewusstsein. Noch dauerte es eine kleine Weile bis zur Beendigung der Christenverfolgungen und bis zum Durchbruch des Christentums als Staatsreligion. Danach sollte der Kirchenvater Augustinus im späten 4./frühen 5. Jahrhundert mit der Scheidung von *civitas dei* und *civitas terrena* den theologischen und politischen Kerntopos für mehr als ein ganzes Jahrtausend formulieren. Die Wahrheitsfrage fand aus einer skeptischen Zeit heraus für lange Zeit eine wirkungsmächtige Antwort im römischen Reich. Aus der geschundenen und gescheiterten *res publica* war eine triumphierende kaiserliche Weltherrschaft geworden. Schon im 1. und 2. Jahrhundert war Rom im Ringen mit den Parthern fast am Hindukusch verteidigt worden. Römische Vorstellungen von der eigenen Auserwähltheit und römische Selbstzweifel blieben auch später bestehen. Aber gleichwohl: *urbs* und *orbis* wurden gedanklich zusammengefügt.

Karl Dietrich Bracher hat also bereits 1948 für eine künftige historische Politikwissenschaft Systematik und Methodik vorgedacht. Wer halbwegs sattefest im Lateinischen ist, liest die Arbeit noch immer mit großem Gewinn und endlosen Anregungen zum Weiterdenken. Aus der Geschichte kann man

lernen, so lautete folgerichtig Brachers Diktum, denn sie bewegt sich immer wieder neu zwischen den Polen von Fortschritt und Verfall, Niedergang und Neuaufbruch. Nie verließ Karl Dietrich Bracher der Kompass für die Gefahr der Ideologiefanfälligkeit von kulturellen Formen und politischen Ideen.

Zugleich faszinierte ihn das Phänomen des Sendungsbewusstseins für freiheitliche Ideen. Dieses Thema untersuchte er in einem Aufsatz 1962 für die Festschrift für Eric Voegelin, den Denker der politischen Religionen (1938). Brachers Aufsatztitel war paradigmatisch: „Providentia Americana: Ursprünge des demokratischen Sendungsbewußtseins in Amerika“. Der Nachdruck in Brachers Sammelband „Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur“ von 1964 ist noch kürzer und präziser: „Demokratie als Sendung: das amerikanische Beispiel“.⁹⁵ Bracher griff die damals wie heute „ungeduldige Frage und Forderung nach einer einheitlichen Idee des Westens“ auf.⁹⁶ Die wichtigste Grundentscheidung lag im Bild, das wir uns vom Menschen machen:

„Die Einsicht, daß nicht die perfekte Einheit, sondern gerade die Entfaltung der Vielheit der bürgerlichen Interessen und Eigenarten zu sichern Wesen und Aufgabe des Gemeinwesens sei, ist so alt wie die Politiklehre des Aristoteles.“⁹⁷

Bracher rekonstruierte am Beispiel Amerikas, das dieser Idee der pluralistischen Freiheit keineswegs eine statische, „festumrissene Idee der Demokratie“ zugrundeliegt.⁹⁸ In vier Wellen war der moderne demokratische Gedanke erst langsam seit dem 17. Jahrhundert in Amerika angekommen und zur Entfaltung gelangt: 1. Gegenbewegungen zum modernen Absolutismus in nachreformatorischen protestantischen Ländern, zunächst noch 2. in sehr missionarischer und militanter Ausprägung. Im 18. Jahrhundert werden 3. die Bedingungen für die Säkularisierung der christlichen Commonwealth-Idee geschaffen. Nach der Revolution steigern sich 4. diese nationalen Ideen

95 Karl Dietrich Bracher, Demokratie als Sendung: das amerikanische Beispiel, in: Derselbe, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, Bern/München /Wien: Scherz, 1964, Seite 313-336.

96 Ebenda, Seite 313.

97 Ebenda, Seite 313f.

98 Ebenda, Seite 314.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

„zum imperialen Sendungsgedanken“.⁹⁹ Die vielen aussagestarken Beispiele und Beiträge, die Bracher aus den amerikanischen Quellen seit der puritanischen Besiedlung Neuenglands (Cotton Mather, Jonathan Edwards, John Cotton) und aus der führenden wissenschaftlichen Literatur (Vernon Lewis Parrington, Clinton Rossiter), aber auch aus ersten Gesprächen mit amerikanischen Gelehrten während seiner post-doc-Zeit 1948 in Harvard (Roland Van Zandt)¹⁰⁰ heranzieht, lesen sich bis heute frisch und faszinierend.

Wieder ist, wie in seiner Dissertation von 1948, von empirischen Aspekten die Rede, von Bevölkerungsentwicklung und sozio-ökonomischen Antrieben. Ebenso differenziert wie die Textanalysen ist Brachers Urteilskraft. Eine Kostprobe: Die „Bewegung der Aufklärung“, wie er es nennt, hat „Amerika tiefer ergriffen und fortdauernder geprägt als irgendein Land.“ So entstand im Zusammenfall von Wahrheit und Fortschritt, im Wechselspiel von Beispielgebung und Pflichtgefühl die „Weltmacht wider Willen“, von der Ernst Fraenkel, der Co-Referent von Brachers Habilitationsschrift über die Auflösung der Weimarer Republik, schon 1957 geschrieben hatte.¹⁰¹ Aus dem „Glaube an den Menschen und die Vervollkommnung seiner Welt“¹⁰², die Bracher als Antrieb für das demokratische Sendungsbewusstsein bilanzierte, erwachsen der entschiedene Wille der USA, gegen die totalitäre Kriegsmaschine der deutschen Nationalsozialisten anzugehen und dem sowjetischen Totalitarismus mit einer Strategie der Abschreckung Grenzen zu setzen. Das Experiment Amerika blieb durch providenzielle Überzeugung angetrieben. Bracher spannte für sein abschließendes Urteil den Bogen von den amerikanischen Verfassungsvätern bis zur Gegenwart der 1960er Jahre:

„Auch die gewaltigen Veränderungen, Verirrungen und Krisen der Folgezeit haben trotz mancher Divergenz mit dem Ideal diesen säkularisierten Glauben nicht zu zerstören vermocht.“¹⁰³

99 Ebenda, Seite 314.

100 Roland Van Zandt, *The Metaphysical Foundations of American History*, Den Haag: Mouton & Co. 1959.

101 Ernst Fraenkel, *USA - Weltmacht wider Willen*, Berlin, Colloquium Verlag, 1957.

102 Karl Dietrich Bracher, *Demokratie als Sendung: das amerikanische Beispiel*, in: *Derselbe, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur*, a.a.O., Seite 333.

103 Ebenda, Seite 334.

Dann folgt eine Wendung über die Fortdauer der *Providentia Americana*, die zum Thema meiner jetzigen Analyse führt:

„Sie wird ihre Funktion als Grund- und Bewegungselement des demokratischen Gedankens nun auch vor den Augen der neuen Staaten Afrikas und im Wettbewerb mit der Verführungskunst des Kommunismus zu bewähren haben.“¹⁰⁴

Die Sowjetunion richtete sich selber zugrunde. Aber die Überlebensfähigkeit des westlichen Sendungsbewusstseins steht seither mehr unter Druck denn jemals zuvor. Für die Dritte Welt und ihre, wie es früher gerne so verharmlosend hieß, Regionalkonflikte, wurde zeitweise „regime change“ die neue Therapie neokonservativ-evangelikaler Strategen, die im Sendungsbewusstsein der USA ihre Wurzel hatte. Dabei spielte überhaupt keine Rolle, ob anschließendes „nation-building“ ein amerikanischer Job wäre oder nicht. Der Fall von Kabul und fast mehr noch der Überfall Russlands auf die Ukraine, aber nicht weniger manch anderes Beispiel von autokratischen und autoritären Rückschlägen beim Regieren und bei immer wieder aufflammenden Verfassungskonflikten haben dem Westen ein für allemal die Augen dafür geöffnet, dass das Erbe der demokratischen Revolution in Amerika keineswegs für alle Zeiten gesichert ist, weder in der weiten Welt, noch in westlichen Kernländern selbst, den USA einschließlich. Geblieben sind dem Westen nach Jahren der Selbstzufriedenheit und selbstgerechten Sorglosigkeit einstweilen nur Selbstbehauptung und Selbstverteidigung, um „dafür zu stehen,“ wie Bracher es in Anlehnung an Abraham Lincoln 1964 formuliert hat, „daß die Demokratie nicht von der Erde verschwindet.“¹⁰⁵

Verschiedentlich ist Karl Dietrich Bracher auf das Thema Verfall und Fortschritt zurückgekommen. Gegen antike Vorstellungen von der Geschichte als einem Kreislauf und gegenüber allen religiösen oder säkularen Konzepten der menschlichen Selbsterlösung durch einen geradlinigen, auf ein geschichtliches Ziel zulaufenden Prozess betonte er immer wieder die Ambivalenz der Geschichte und damit des Paradigmas vom Fortschritt. Er sprach von einer „Grundfigur politisch-historischen Denkens und Deutens, um die herum sich eine Reihe von Wörtern und Begriffen gleichsam konfigurat

104 Ebenda, Seite 335.

105 Ebenda, Seite 336.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

ausbilden“.¹⁰⁶ Die Zivilisierung der Gewalt und die Zähmung der Macht durch den gemäßigt demokratischen Verfassungsstaat – das waren die anthropologisch grundierten Eckpfeiler von Brachers Denken. Die Frage nach dem Charakter der Fortschrittsidee stellte sich für ihn immer wieder neu. Es gehört gerade zu den ambivalenten Ausprägungen des politischen Denkens seit der Aufklärung, dass es zwischen den Vorstellungen eines fortschreitenden und fortschrittlichen Geschichtsprozesses, des Progressiven, einerseits und grundsätzlichen Zweifeln an Fortschritt und dauerhafter menschlicher Freiheit andererseits schwankt. Euphorischen und ins utopisch gesteigerten Vorstellungen von Verbesserung und Fortschritt folgte für Bracher seit den 1970er Jahren „ein nicht minder rascher und oft gewalttätiger Umschlag in Krisengefühle und Schreckbilder des Fortschritt“.¹⁰⁷ Mit vielen Beispielen und differenzierten Interpretationen sah Bracher die Ambivalenz der Fortschritts als „eine Erfahrung der Geschichte, die nur zeitweise überdeckt wurde durch die gewaltigen, immer rascheren Erfolge der Modernisierung in Wissenschaft und Technik.“ Er ergänzte, dass die „Kehrseite in den zerstörerischen Weltkriegen und menschenfeindlichen Diktaturen“ des 20. Jahrhunderts hervorgetreten sei.¹⁰⁸ Dann wendete er den Blick auf die Welt als Ganzes: „Erst die tatsächliche Globalisierung der Zivilisation, die den Prozeß der steten Ausdehnung an die Grenzen des Möglichen und des Sinnes von Fortschritt führt, entzieht dem bisherigen Progressismus seinen Realitätsgehalt und macht ihn zur bloßen Hülle, in die höchst verschiedene, ja gegensätzliche Auffassungen und Tendenzen gefüllt werden können.“¹⁰⁹ Was 1981 geschrieben wurde, liest sich vier Jahrzehnte später taufersch und könnte heute nicht besser beobachtet werden.

Auch heute muss, um eine Sentenz Brachers zu verwenden, die „Schlüsselidee“ des Fortschritts auf ihre „historisch-politische Stellung und Funktion“

106 Karl Dietrich Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte, Düsseldorf: Droste, 1978, Seite 39.

107 Karl Dietrich Bracher, Fortschritt – Krise einer Ideologie, in: Derselbe, Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert, Berlin: Severin und Siedler, 1981, Seite 211.

108 Ebenda, Seite 212.

109 Ebenda, Seite 213.

befragt werden.¹¹⁰ Bracher zeigte, dass und wie die Fortschrittsidee in politischer und in moralischer Hinsicht immer wieder neu umkämpft geblieben ist. Er sprach, wohlgermerkt 1981, davon, dass „die Überspannung und Mißdeutung der Begriffe von Fortschritt und Demokratie zur immer neuen Rechtfertigung von immer neuen Diktaturen führen“ konnte und weiterhin führen kann.¹¹¹ 2024 denken wir sofort an China und an Russland. Im Blick auf die „geistigen und sozioökonomischen Bedingungen politischen Fortschritts“ in der Dritten Welt sah er nicht wenige politische „Rückentwicklungsländer“.¹¹² Wer muss dabei 2024 nicht an Afghanistan und viele andere Staaten des globalen Südens denken? „Und moralischer Fortschritt“, fragte Bracher 1981 im Blick auf unsere westliche Zivilisation?¹¹³ 2021, genau vierzig Jahre später, hat die deutsche Bundesregierung ihre Arbeit unter das Motto gestellt „Mehr Fortschritt wagen“.¹¹⁴ Das alsbald dominierende Krisenmanagement nach dem russischen Überfall auf die Ukraine verdunkelte die zaghafte Fortschrittsperspektive rasch, die in dieser Form schon lange nicht mehr aus der Sphäre der deutschen Politik zu hören gewesen war und bald schon wieder aus der Zeit gefallen wirkte.

Aus der doch im Grunde genommen nahen Ferne von 1981 ruft Bracher uns Maßstäbe von Deutung und Kritik zu, wenn es um die Fortschrittsidee an sich und ihre Einordnung geht: Er sprach schon damals von der „Dialektik des Fortschritts“, denn „Fortschritte werden ja gerade benötigt, um die Probleme einer zurückbleibenden Entwicklung Herr zu werden.“ Insofern war das Diktum der Ampel-Regierung vor allem als Absage an die vorherigen Jahre der Stagnation unter wechselnden Großen Koalitionen zu verstehen.

110 Ebenda, Seite 214.

111 Ebenda, Seite 224.

112 Ebenda, Seite 225.

113 Ebenda, Seite 229.

114 Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, Berlin, 7. Dezember 2021, online unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf. Eine kluge Analyse über das Ende eines konservativen Zeitalters in Deutschland und die Mühen, Fortschritt nicht nur zu wagen, sondern an den wirksamsten Schaltstellen auch zu leben, lieferte umgehend Claudius Seidl, Nie wieder Gegenwart, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Dezember 2021, Seite 9.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Bracher wurde aber schon 1981 grundsätzlicher und nahm weitsichtig zu manchem Aspekt Stellung, der auch heute noch (oder wieder) das Fortschrittsparadigma betrifft: Wissenschafts- und Technikfeindschaft, so führte er damals aus, seien kein Ausweg, um die Folgen der gewaltigen industriellen Dynamik zu bewältigen. Kulturpessimismus sei ebenso wenig das richtige Rezept angesichts von Entwicklungskrise, Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt und dem, was wir heute Klimakrise nennen und was damals schon Umweltkrise hieß. Bracher plädierte jederzeit für Augenmaß und verfassungspolitische Selbstbegrenzung bei der Suche nach Auswegen weltumspannender Krisen. Stets war der antitotalitäre Konsens für ihn Maßstab: „Beide Extreme, die lineare Fortschrittsidee wie die Lähmung ökonomischen Wachstums, drohen in menscheitsbedrohende Krisen zu führen,“ urteilte er. Und er fügte hinzu:

„Aber die Ausarbeitung neuer Überlebenskonzepte der Menschheit, die Änderung der Erwartungshaltungen und Glücksvorstellungen kann nicht einfach von Intellektuellen diktiert oder von Diktatoren erzwungen werden.“¹¹⁵

Er warnte vor Anarchie und Zwangsherrschaft. Die anmaßenden Aktivitäten der „Last Generation“, aber auch die Überhöhung von Aktionen von „Friday for Future“ und erst recht der Gruppe „Extinction Rebellion“ als Ausdruck zivilen Ungehorsams hätten seinen Widerspruch gefunden. Die von Dystopien getriebenen Aktivisten wären in der Tat gut beraten, Brachers grundsätzliche Lehre zu beherzigen: Monokausale Reduktionen der Menschheitsprobleme bleiben ideologieanfällig. Auch nach einer kompletten Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaft werden die meisten anderen Probleme und Widersprüche, Zielkonflikte und Interessendifferenzen in dieser Welt noch immer ungelöst sein oder sogar noch stärker zum Vorschein treten.

In einem weiteren Aufsatz aus dem Jahr 1982 analysierte Karl Dietrich Bracher Energie-, Umwelt- und Entwicklungskrise als die schon damals zentralen Fragen. Er warnte vor Apokalypse wie vor naiven Lösungsstrategien. Er sah Chancen für den Fall, dass diese Krisen im Sinne von Arnold Toynbee

115 Karl Dietrich Bracher, Fortschritt – Krise einer Ideologie, in: Derselbe, Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert, a.a.O., Seite 232f.

als „Challenge“ „begriffen und aus der negativen Bedrohung positive Strategien entwickelt werden.“¹¹⁶ Dass Bracher diese Gedanken am Jahreswechsel 1982/1983 niederschrieb, zu Beginn einer neuen, älteren „Wende“ in der deutschen Politik, sollte allen zu denken geben, die die neue Wende, die durch die erste deutsche Ampel-Regierung ausgerufenen „Zeitenwende“ aus der Perspektive des Fortschrittsbegriffs betrachten. Bracher plädierte für vernunftgeleitetes Handeln. Fluchtbewegungen aus der komplexen Wirklichkeit hielt er damals für so falsch wie sie es heute weiterhin sind. Fluchtbewegungen aus der Rationalität sind ideologieanfällig, gleichgültig, ob sie in Form weltanschaulicher Dogmatik oder in gutgemeinter Weltflucht auftreten. Wo immer aber intolerante „Kämpfe“ für den Frieden, für das Weltklima oder für die Rechte des Menschen auf Auswanderung geführt werden, hätte Bracher sofort warnend seine Stimme erhoben:

„Pathetisch-militante Demonstrationen und die Beanspruchung eines „Widerstandsrechts“ für gutgemeinte Ziele verkehren sich in Mißbrauch der Demokratie, wenn sie im Zeichen des Wortes geschehen: Der Zweck heiligt die Mittel.“¹¹⁷

Wer muss nicht an gewaltbereite Querdenker bei uns und Trumpisten in den USA, aber auch an aggressiv auftretende und rechtsbrechende Klima- und Migrationsaktivisten denken bei den Worten Brachers, die vor vier Jahrzehnten verfasst wurden und wie in unsere Zeit gerufen scheinen: Schon die Mittel können das Ziel „entheiligen, wenn sie zerstören, was sie zu verbessern vorgeben: das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben.“¹¹⁸ Auch wenn es schwerfällt, dies zuzugeben, wenn Empörungskompetenz so schlüssig scheint: Die Regeln des demokratischen Rechtsstaates, auch wenn sie nur langsam wirken mögen und vordergründig ineffizient scheinen, befrieden mehr als die Rechthaberei moralischer Selbstermächtigungen. Was Bracher über die verstärkende Wirkung der Medien geschrieben hat, über die Werte und Tugenden des Mutes und der Besonnenheit, über Machiavellis *virtù* und das Mäßigungsgebot des Aristoteles: Es sind noch immer die Leitplanken

116 Karl Dietrich Bracher, Drei deutsche Probleme zur „Wende“ 1982: Weimare- Pessimismus-Amerika, in: Derselbe, Die totalitäre Erfahrung, München: Piper, 1987, Seite 184.

117 Ebenda, Seite 185.

118 Ebenda, Seite 185.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

einer normativen Politischen Wissenschaft in historischer Perspektive. Und es sind Maßstäbe für jeden, der Fortschritt in unserer Zeit wagen möchte:

„Die gegenwärtigen Ängste, sachlich begründet oder nicht, entspringen vor allem einer Vertrauenskrise, die eine alte Erfahrung unserer Geschichte bestätigt: die Erfahrung vom „cultural lag“, vom Nachhinken des kulturellen Wertesystems hinter der technisch-zivilisatorischen Entwicklung...Es geht um die Stärkung der Fähigkeit: angesichts der tatsächlichen Gefahren im freien Meinungs-austausch bei gegenseitiger Achtung vor den Einsichten und Erfahrungen der anderen die beiden Seite einer neuen Entwicklung zu sehen und konkrete Wege zu suchen, statt auf irrational-politische Radikallösungen anbietende Bewegungen hereinzufallen.“¹¹⁹

Wer sich heute in den Schützengräben politischer Korrektheit eingegraben hat, Sprachverformung durch gendern und Denkmalsturz durch cancel culture betreibt, wer moralische Empörungsstrategien durch woke, stilisiertes Querdenken oder aber auch stumpfe „Alternativlosigkeit“ als politisches Programm für überzeugende Beiträge zum ultimativen Triumph der westlichen Aufklärungsphilosophie hält, möge noch einmal die Überlegungen von Karl Dietrich Bracher studieren. Sie können helfen, dass wir uns ehrlich machen über die immer wieder neue Gefahr der Ideologisierung. Ideologien beruhen für Bracher „auf einem Konglomerat von Täuschungen und Selbsttäuschungen“ und der „Tendenz zu einer extremen Vereinfachung komplexer Realitäten“.¹²⁰ Krisendenken und Katastrophenszenarien einerseits und die Überhöhung wissenschaftspositivistischer Gewissheiten – die im Verweis auf die „Alternativlosigkeit“ eines bestimmten politischen Handelns in immer wieder neuen thematischen Zusammenhängen ihren ritualisierten sprachlichen Ausdruck findet – andererseits schaukeln sich immer wieder neu hoch. Nicht nur für die Corona-Politik gilt: Nicht der erstarrte Blick auf Inzidenzwerte, sondern nur das differenzierte Nachdenken über ihre gesellschaftlichen und psychologischen Folgen führen gedanklich weiter und heraus aus „Kulturpessimismus und Antidemokratismus“, wie Bracher dies vor

119 Ebenda, Seite 186.

120 Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, a.a.O., Seite 15 ff.

gänzlich anderem thematischen Hintergrund 1982 genannt hat.¹²¹ Geblieben ist bis zu den heutigen Ausprägungen der Ambivalenzen der Aufklärung eine vielschichtige Vertrauenskrise in Strukturen, Akteure und Prozesse der liberalen Demokratie. Zugleich aber ist der Westen heute mit einem islamischen Gegenuniversalismus konfrontiert, der über die früheren Formen, Brüche und Konfliktlagen der Globalisierung des politischen Denkens deutlich hinausgeht.

V. *Niedergang und Fortschritt im 21. Jahrhundert: Die Freiheitsidee unter globalen Bedingungen weitergedacht*

Ich komme zu meinem fünften und letzten Punkt. Ich stelle ihm eine pointierte These voran: So wie mein ermordeter Freund, Zoran Djindjic, den nicht nur in seinem Heimatland Jugoslawien gescheiterten Sozialismus als „Experiment gegen die Moderne“ bezeichnet hat¹²², so kann der zeitgenössische Fortschritts- und Freiheitsbegriff der westlichen Zivilisation als Experiment mit den Grenzen von Fortschritt und Freiheit bezeichnet werden. Dabei verwende ich den Begriff der westlichen Zivilisation ungenau und meine, wenn ich im nachfolgend von „uns“ und „wir“ spreche, alle diejenigen, die sich zu dieser westlichen Zivilisation dazugehörig fühlen. Die geschichtsphilosophische Frage nach dem Fortschritt stellt sich der immer nur ungenau definierbaren westlichen Zivilisation in vielschichtiger Weise. Darauf kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Dabei muss die Fortschrittsidee zusammengedacht werden mit der ebenso schillernden wie vielschichtigen Idee von sozio-kultureller und ökonomisch-politischer Modernisierung, um zu verstehen, wo die derzeitigen Bruchlinien des Fortschrittsbegriffs und deren Folgen für das westliche Selbstverständnis in der

121 Ebenda, Seite 57; weiterführend Ludger Kühnhardt, *The post-corona world. A research agenda*. ZEI Discussion Paper C 267. Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 2021, 46 Seiten, online unter: <https://www.zei.uni-bonn.de/dateien/discussion-paper/DP-267-2021.pdf>.

122 Zoran Djindjic, *Experiment gegen die Moderne. Essays zum Scheitern des sozialistischen Jugoslawiens*, Zürich: LIT Verlag, 2017.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

gegenwärtigen Welt liegen: Während nicht wenige Menschen in der westlichen Welt den Westen als Inbegriff von Fortschritt und als die ultimative Verwirklichungsform von Modernisierung halten, gilt in vielen anderen Weltregionen die westliche Zivilisation eher als überheblich und im Niedergang befindlich. Der Westen zeige nicht genug Respekt für die kulturellen Leistungen und zivilisatorischen Eigenheiten anderer Völker und Regionen, so lautet die stereotype Kritik. Die westliche Zivilisation ist in der Gegenwart mit Grenzerfahrungen ihrer Geltung und Nachhaltigkeit konfrontiert.

Eng mit diesem Fragenkomplex verbunden ist die Frage nach der Wahrnehmung der Wirklichkeit – im Westen ebenso wie gegenüber dem Westen. Der kampflose Fall von Kabul in die Hände archaischer islamistischer Stammeskrieger im Jahr 2021 und die mutwillige Zerstörung der auf dem Prinzip der kollektiven Sicherheit basierenden euro-atlantischen Friedensordnung ein Jahr später durch einen russischen Geheimdienst-Imperialismus haben im Westen eine doppelte Illusion beendet: Sowohl in Afghanistan als auch in Russland hatte es offensichtlich nur geliehene Formen von Modernität und Zivilität im Sinne der Akzeptanz internationaler Normen gegeben. Selbstkritisch ist anzufügen, dass viele der internationalen Normen der heutigen Weltordnung weitgehend westlichen Ursprungs sind, auch wenn sie von anderen Völkern und nichtwestlichen Zivilisationen durchaus geteilt werden. Weder im Fall Afghanistans noch im Fall Russlands waren die Regeln offenkundig noch etwas wert, die für den Westen der Inbegriff des modernen kategorischen Imperativs geworden waren. Dieser moderne kategorische Imperativ des westlichen Weltverständnisses lautete für lange Jahre und Jahrzehnte: vernunftfunktionaler Gebrauch von Institutionen und Konsens darüber, dass immer dann, wenn Gewalt angewendet wird, Politik gescheitert ist.

Dabei kam es in der Vergangenheit allerdings durchaus auch, muss selbstkritisch gesagt werden, immer wieder zu Machtausgriffen westlicher Staaten – namentlich der USA – im Sinne eines prärogativen Machtverständnisses, wie es sämtlichen modernen Großmächten (USA, China, Russland) trotz aller Anläufe zur Verrechtlichung der Weltordnung eigen ist.¹²³ Ein weiterer

123 Weiterführend zu dieser selbstkritischen Position: Mattias Kumm, Der Ukrainekrieg und die Zukunft der internationalen Rechtsordnung, in: Julian Nida-Rümelin et al.

Aspekt muss ergänzt werden, der an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden kann: Zu den Charakteristika der Weltordnung gehören permanente Varianten von Machtverschiebungen und die damit verbundenen Perzeptionsfragen, gerade im Kontext von Dekolonialisierungserfahrungen und den möglichen Deutungsmustern neuer Selbstbestimmung.¹²⁴ Im Blick auf den globalen Süden weisen postkoloniale Veränderungen äußerst eigenwillige Aspekte auf. Aus westlicher Sicht schien für lange Zeit das koloniale Zeitalter nicht nur durch eine postkoloniale Ära, sondern diese unterdessen auch durch eine post-post-koloniale Ära abgelöst zu sein. Aus westlicher Sicht war damit die Hoffnung verbunden, koloniale und post-koloniale Konfliktmuster könnten nun endlich ad acta gelegt werden zugunsten einer partnerschaftlichen Perspektive im Zeichen des Multilateralismus. Zumindest für einige Staaten und Gesellschaften des globalen Südens begann aber erst jetzt eine neue, selbstzentrierte und durchaus gegen den Westen gerichtete Phase post-post-kolonialer Machtansprüche. Dies zeigt sich im politischen Denken, im Bereich ökonomischer Ansprüche, bei Restitutionsfragen von Kulturgütern und bei geopolitischen Neuausrichtungen, um nur drei Beispielfelder zu nennen. Befreiung von kolonialen, postkolonialen und post-postkolonialen Mustern mündet auf gelegentlich ganz unterschiedliche Weise in Ländern und Gesellschaften des globalen Südens, aber nicht nur dort, ein in neue Machtkämpfe mit dem Westen. Dabei ist deren Verständnis von Selbstbestimmung keineswegs die unumstrittene Anwendung von linear sich verbreitenden westlichen Fortschritts- und Freiheitsvorstellungen. Die westlichen Normvorstellungen sind keineswegs überall auf der Welt das selbstverständliche Ziel menschlicher Geschichte.

Als Kabul wieder in die Hände der Taliban fiel, erinnerte ich mich an eine Diskussion in Tunis wenige Tage nach der irakischen Invasion in Kuwait 1990. Nach längerer Betrachtung aller Argumente schien Konsens zwischen meinen Gastgebern und mir darüber zu herrschen, dass das Völkerrecht und

(Hrsg.), Perspektiven nach dem Ukraine-Krieg, Freiburg: Herder Verlag, 2022, Seite 33ff.

124 Weiterführend dazu: Adom Getachew, *Worldmaking after Empire. The Rise and Fall of Self-Determination*, Princeton: Princeton University Press, 2019.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

die Menschenrechte gelten müssen, Kuwait also wieder ein freier und souveräner Staat werden müsse. Da meldete sich jemand und sagte, wir dürften aber bitte nicht in der Illusion auseinandergehen, dass dieser intellektuelle Konsens irgendetwas mit den Realitäten zu tun habe. Kuwait sei nun einmal besetzt, und das sei gut so und werde auf ewig so bleiben. Applaus. Ähnlich erlebte ich das Ende eines dreitägigen, von mir organisierten Workshops im Liwadija-Palast in Jalta 1999 zu den euro-atlantischen Perspektiven der Ukraine. Es herrschte Konsens zwischen Gesprächsteilnehmern aus Russland und den USA, aus verschiedenen Staaten Europas, der Türkei und natürlich aus der Ukraine, dass eine solche euro-atlantische Perspektive für die Ukraine durchaus wünschenswert sei. Allein, so bilanzierte unser ukrainischer Gastgeber, immerhin der Vizeaußenminister seines Landes, am Ende der Begegnung, in seiner Lebenszeit werde er eine solche Realität nicht erleben. Zu groß seien die Beharrungskräfte des sowjetischen Erbes. Wir hätten für drei Tage in einer Illusionswolke zugebracht. Betretenes Schweigen.

In Afghanistan wie in der Ukraine, aber auch in Mali und an anderen Orten des Sahel, aber auch in Somalia, in Venezuela und auf den Solomonen, ja selbst in den französischen Übersee-Départements Guyana und Mayotte wurde der fortschrittsgläubige Westen in den letzten Jahren immer wieder aufs Neue durch die normative Kraft des Faktischen desillusioniert. Brechungen der Aufklärung und die Ambivalenz des Fortschritts zeigten sich auf trostlose Weise in den unterschiedlichsten Ländern und Gesellschaften der Erde. Regression statt Verwestlichung stand und steht auf dem Programm. Es dürfte künftig weitere solche Brechungen der Aufklärung und der Ambivalenz des Fortschritts in verschiedenen Gebieten der Erde geben. Kulturkonflikte und massive soziale Spannungen in außerwestlichen Gesellschaften, gepaart mit häufig unentwirrbaren Machtansprüchen, werden umso unberechenbarer, je stärker ihnen eine Modernisierungskrise im Innern eines Landes zugrundeliegt. Ein Phänomen fällt als Kriterium für Modernisierungsspannungen immer wieder auf: Je ärmer ein Land ist, desto reicher sind offenkundig seine Eliten. Afghanistan und Russland machen davon keine Ausnahme. Im Gegenteil. Korruption ist unter den Bedingungen schlecht geführter armer Gesellschaften ein endemisches Strukturproblem. Wo sich wi-

dersprüchliche kultursoziologische Aspekte mit hypertrophen Machtphantasien von Despoten paaren, wird es richtig gefährlich. Russland ist leider ein solcher Fall: Das Land ist arm aufgrund eines falschen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells und deshalb gefährlich für seine eigenen Menschen und die Außenwelt.

Zwischen der Krim-Annexion 2014 und der Invasion in der Ukraine 2022 war das Bruttoinlandsprodukt Russlands im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt der EU von 12,9 Prozent auf 10,9 Prozent gesunken. Die Zahl der Patente in Deutschland lag zwischen 2009 und 2018 bei 1812 pro einer Million Einwohner. In Russland waren es 6 Patente pro einer Million Einwohner.¹²⁵ Weltwirtschaftlicher Abstieg und Innovationslosigkeit aufgrund selbstgemachter Systemdefekte können einen Teil des Ablenkungs-Imperialismus der Riege um Präsident Putin erklären. Fortschritt und Modernisierung des eigenen Landes sind für sie offenkundig unwichtig. Deswegen sind Regime wie dasjenige, das Russland im Griff hat, auch von ökonomischen Sanktionen des Westens nur in Maßen zu beeindrucken.

Russlands Regime versucht sich über pragmatische Fragen und militärische Aggression hinaus als weltanschauliches Gegenmodell zum westlichen Freiheits- und Fortschrittsbegriff zu stilisieren. Selten wurde dies deutlicher als in der Rede von Präsident Vladimir Putin auf einer Konferenz des Valdai-Klubs im Oktober 2022. Putin sprach dort laut Zeitungsberichten von einer „doktrinären Krise des neoliberalen Modells der Weltordnung auf amerikanisch“. Es sei eine revolutionäre Situation entstanden. Deren Hauptwiderspruch bestehe darin, dass der Westen nicht mehr in der Lage sei, die Menschheit allein zu führen und sich die Mehrheit der Völker der Welt damit nicht mehr abzufinden bereit ist. Bei seiner Ansprache anlässlich der Annexion besetzter ukrainischer Gebiete am 30. September 2022 hatte Putin noch stärker zugespitzt: Die westlichen Eliten seien bestrebt, im Namen eines radikalen Liberalismus den Menschen an sich abzuschaffen, durch technische Eingriffe und sexuelle Umerziehung. „Die Diktatur der westlichen Eliten ist gegen alle Gesellschaften gerichtet,“ führte Putin weiter aus. Und:

125 Nach: Hermann Simon, Russland ist arm und gefährlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 2022.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

„Eine so vollständige Verneinung des Menschen, der Sturz des Glaubens und der traditionellen Werte, die Untersdrückung der Freiheit, nimmt Züge einer ‚umgedrehten Religion‘ an – das ist offener Satanismus.“¹²⁶

Drastischer könnte die ideologische Kampfansage an den westlichen Freiheits- und Fortschrittsbegriff kaum formuliert werden.

Im totalitären Zeitalter des 20. Jahrhunderts verliefen die Konfliktlinien einerseits zwischen Marktwirtschaft und Kommunismus und andererseits zwischen parlamentarischer rechtsstaatlicher Demokratie und Diktaturformen, die sich auf den Volkswillen beriefen. Zugleich gab es geopolitisch-strategische Konfliktlinien zwischen Einflussphären und Militärallianzen. Im 21. Jahrhundert verlaufen die Konfliktlinien einerseits zwischen autokratischer Herrschaft im Stile Russlands – einem ideologisch als antiwestlicher Zivilisationsbewahrer überhöhten Geheimdienst-Totalitarismus – oder Chinas – einem staatskapitalistischen Herrschaftssystem – und gewaltenteilig gemäßigten, zivilgesellschaftlich rückgekoppelten bürokratischen Parteiendemokratien. Andererseits verlaufen die Konfliktlinien zwischen entideologisierten Lebensformen des Pragmatismus und des Utilitarismus einerseits und ideologischen Weltanschauungsmodellen vor allem religiöser (politischer Islam) und pseudoreligiöser Provenienz (Putinismus) andererseits. Im politischen Islam haben die Weltanschauungsmodelle heute ihre rigideste Ausdrucksform eines Gegenuniversalismus zum säkularen Pluralismus des menschenrechtlichen Fortschrittsuniversalismus des Westens gefunden. Auch im 21. Jahrhundert, wie bereits während weiter Phasen des 20. Jahrhunderts, überlappen sich Konflikte zwischen Regierungstypen und Herrschaftsbegründungen mit geopolitischen und geökonomischen Rivalitäten. Dabei geht es um verschiedene Varianten des Revisionismus: Die internationale regelbasierte Ordnung, wie sie nach 1945 auf der Höhe amerikanischer und westlicher Machtprojektionen geschaffen wurde, wird seit Jahren von Mächten in Frage gestellt, die diese Ordnung als eine vom Westen erzwungene Ordnung ansehen. Dabei ist diese Analyse ebenso vereinfachend wie die Varianten des Revisionismus vielfältig und vielschichtig sind. Hier ist nicht der

126 Zitiert nach: Reinhard Veser, Der liberale Satanismus. Wie Putin sich zum antikolonialen Führer stilisiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Oktober 2022, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/putin-der-ukraine-krieg-und-der-satanismus-des-westens-18421884.html>.

Ort, um diese Aspekte vertieft zu analysieren. Die westliche Weltsicht kann sich jedenfalls nicht länger darauf stützen, dass ihr, dass „unser“ Begriff von Fortschritt und Freiheit sozusagen geschichtsnotwendig zur universalen Wirklichkeit geworden wäre oder jemals zur uniuersalen Wirklichkeit werden wird. Dem Westen steht Demut ebenso gut an wie Selbstbehauptung. Beides wird derzeit im Westen neu gelernt.

In einem Essay über Zustand und Zukunft des Gemeinsinns habe ich 1994 im Blick auf die innere Selbstgefälligkeit der westlichen Demokratien von der „Fortschrittsfalle“ gesprochen, in die die westliche Zivilisation zunehmend hineingeraten sei.¹²⁷ Das Ende der kommunistischen Illusionen hatte bis zu dem damaligen Zeitpunkt in den entsprechenden Gesellschaften Europas nicht zu linearem und widerspruchsfreiem Fortschritt geführt. Die schillernde Vielfalt der Begriffsbedeutungen von Demokratie kam einer Sinnentleerung auch des Begriffs der Demokratie gleich. In den konsolidierten westlichen Demokratien waren damals eher exzessive Formen von Fortschritt und Freiheit zu beobachten. Nur vereinzelt kamen erste Zweifel an der Nachhaltigkeit und Selbsterneuerung des westlichen Lebensmodells auf. Aber kaum irgendwo wurde der Fortschrittsbegriff als Inbegriff westlicher Vernunft grundsätzlich in Frage gestellt. Dreißig Jahre später dominiert Kulturpessimismus viele intellektuelle Debatten im Westen. Konstant ist von der notwendigen Selbstbehauptung des Westens die Rede und davon, dass der westliche Freiheitsbegriff unter Druck sei. Was Freiheit aber heißt, ist im Westen selbst eher umstritten geworden. Der Freiheitsbegriff ist sogar wieder zur Quelle möglicher neuer ideologischer Fixierungen und Polarisierungen geworden (e.g. Klimadebatten und radikalisierte Aktionen von Klimaaktivisten). Dies gilt ebenso für das sinnleere und vieldeutig aufladbare Wort von der „europäischen Wertegemeinschaft“ (e.g. Kontroversen um Lebensbeginn und Lebensende sowie um sexuelle Identitätsfragen und Gendersprache).

Ideologiebildung und Geopolitik jenseits der früher eingeübten Pfade lassen eingefleischte Pessimisten sogar daran zweifeln, ob der Westen als Idee und

127 Ludger Kühnhardt, Jeder für sich und alle gegen alle. Zustand und Zukunft des Gemeinsinns, Freiburg: Herder, 1994, Seite22-34.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

way of life überleben kann. Das fortschrittsoptimistische Konzept der unvermeidlichen Universalität der Menschenrechte ist jedenfalls unterdessen zertrümmert. Mehr denn je muss differenziert auf seine Entstehungs- und Erhaltungsbedingungen geschaut werden. Sie können nur intrinsisch aus Gesellschaften selbst entstehen und sie können dort auch immer wieder scheitern. „Regime change“ ist gleichermaßen gescheitert als ein Stabilisierungs- und Modernisierungsinstrument von außen oder gar – noch größenwahnniger – als eine Demokratisierungsstrategie. Für den europäischen Teil des Westens geht es angesichts der anhaltenden inneren Konvulsionen in den USA und dem vermutlich strukturell weiterhin anhaltenden Rückgang des weltpolitischen Führungswillens der USA mehr denn je darum, die erforderlichen Schritte zur eigenen Souveränität zu gehen. Im Blick auf die militärisch-technologische Absicherung der europäischen Souveränität muss die EU allerdings akzeptieren, dass sie nur als Juniorpartner der USA überleben kann, wenn es hart auf hart kommt. Sophistische Diskurse über strategische Autonomie helfen nicht aus den harten Fakten strategischer Realität hinaus. Dennoch: Es geht heute tatsächlich um nicht mehr und nicht weniger als um die Selbstbehauptung der EU.¹²⁸

Auch wenn Kulturpessimismus derzeit wieder einmal eine beliebte intellektuelle Disziplin ist, muss man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Zweifellos ist das Ende westlicher Anmaßung erreicht. Das demokratische Sendungsbewusstsein ist tiefgehend erschüttert. Zugleich mit einer neuen Ehrlichkeit und lähmenden Selbstzweifeln einher geht der durchaus resolute, jedenfalls kontinuierliche Umbau der demokratischen Regierungsapparate auf Vorsorge und Krisenreaktionsmechanismen, sicherheitspolitisch auf Resilienz und Abschreckung. Aufrüstung findet geistig wie faktisch neue Begründungen und Notwendigkeiten. Zugleich mit dem immer wieder nur natürlichen Generationenwandel muss darüberhinaus und gleichsam neben dem Krisenmanagement des westlichen Establishments eine befremdliche Wende von Utopien zu Dystopien bei einem lautstarken Teil der westlichen Jugend konstatiert werden. Klimakrise und ihre angebliche Ausweglosigkeit

128 Weiterführend: Ludger Kühnhardt, *Das politische Denken der Europäischen Union. Supranational und zukunfts offen*, a.a.O.

werden von artikulations- und inszenierungskräftigen Minderheiten zu dystopischen Aporien gesteigert. Strafrechtliches Verhalten wird als ziviler Ungehorsam gerechtfertigt.

Wieder tauchen die altbekannten Muster auf: Radikal vom Fortschritt her zu denken ist in bestimmten Kreisen umgeschlagen in radikales Denken von der Krise her. Die schrillen Töne der Angst vor dem Weltuntergang, wie sie inmitten des durchaus, aber nicht nur menschengemachten Klimawandels zu hören sind, vermischen sich mit einer alt-neuen Anfälligkeit für ideologiegetriebene Selbstermächtigungen in Sprache und Form. Schulstreik und Klimademonstrationen statt Fronleichnamsprozessionen: Politische Ersatzreligiosität hat schon immer sehr unterschiedliche Ausdrucksformen hervorgebracht. Auch das Establishment ist nicht überzeugend genug: Der Europäische Green Deal denkt die Frage nach den Lebensperspektiven der Menschen des globalen Südens nicht einmal im Ansatz mit. Ganz abgesehen von der Frage, wie die neben Europa größten Verursacher des menschengemachten Klimawandels – die USA und China – allein durch beispielgebendes europäisches Verhalten überzeugt werden sollen, dem europäischen Pfad zur Klimaneutralität zu folgen, bleiben auch andere große Fragen offen. Sie lassen sich nicht bloß durch Hoffnung auf die transformierende Kraft des Vorbilds beantworten und auch nicht allein mit Hilfe von wissenschaftlichem Positivismus. Nötig bleiben angepasste, aber weltweit wirkungsvolle Pfade, die Klimawandel und Entwicklungshoffnung, technischen Fortschritt und politische Rechenschaftspflichtigkeit verbinden.

Nötig bleibt das Plädoyer für Maß und Mitte, bei der Kulturkritik wie beim Krisenbewusstsein. Keine Ordnung kann Maß und Mitte auf Dauer besser praktizieren als eine liberale Ordnung von Freiheit und Demokratie, so argumentiert Francis Fukuyama in seinem neuesten Buch.¹²⁹ Der Beschwörer des Endes der Geschichte ist bei der Bestimmung der geistigen Ressourcen angelangt, die nicht nur der Westen pflegen und erhalten muss, will er nicht durch neue Eruptionen der doch stets offenen Geschichte untergehen. Wir kennen uns seit 1985 und ich habe viele seiner intellektuellen Pendelbewegungen mitverfolgt. Aber Francis Fukuyama liegt diesmal in einem Punkt

129 Francis Fukuyama, *Liberalism and its Discontents*, London: Profile Books, 2022.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

seiner Argumentation besonders richtig: Gerade wegen ihrer Widersprüche, wegen der Neigung zu Selbstgefälligkeit und wegen der immer wieder erforderlichen Erneuerungsbewegungen hat die liberale Ordnung Zukunft. Besser als jede denkbare Alternative löst sie das Problem der menschlichen Vielfalt, gleichgültig ob ökonomisch, kulturell oder politisch. Mäßigung in den Zielen und Mäßigung in den Instrumenten sind und bleiben Signatur einer freiheitlichen Ordnung. Damit garantiert sie Offenheit für Falsifikation und Verbesserung. Wenn man es gut meint mit dem Fortgang der je nächsten jungen Generation, ist das ein unübertreffliches Programm. Mit neuem Augenmass bleibt auch die Suche nach gemeinsamen Minimalstandards für die globalen Ordnungsbeziehungen relevant. Menschenrechte und Humanität haben nicht abgedankt. Auch humanitäre Interventionen, das heißt der Einsatz von militärischer Macht, kann wieder einmal unvermeidlich werden, um Genozide zu verhindern oder zu stoppen. Die Ambivalenz der Aufklärung war schon immer im Westen selbst ein Thema. Jetzt muss die ihr zugrundeliegende Frage nach den Maßstäben von Normen und nach den Bedingungen von Macht und Ordnung in eine neue Weltlage hinein neu und mit strategischer Vorausschau beantwortet werden.

In über vierzig neuen Staaten sind allein seit Ende des Kalten Krieges 1990 Bürgerkriege ausgebrochen. Es handelt sich um Konflikte um Ressourcen und Macht, um Identität und auch um Stellvertreterkriege. Schleichend hat sich ein Dritter Weltkrieg ausgebreitet, wovon ich bereits 2017 in Übereinstimmung mit König Abdallah von Jordanien und Papst Franziskus gesprochen habe. Über 12 Millionen Tote und 65 Millionen Flüchtlinge waren bis dahin bereits seine humanen Opfer.¹³⁰ Nach der Zerstörung der paneuropäischen Friedensordnung durch die brutale Invasion Russlands in der Ukraine 2022 hieß es gleich wieder, dies sei aber nicht der Beginn des Dritten Weltkrieges. Mir war nicht klar, ob mit diesem Satz die Angst oder das Denken sediert werden sollte. Wichtiger als die label bleibt in jedem Fall die Wahrfahigkeit in der Analyse der Inhalte. Die freiheitlich verfasste NATO unter

130 Ludger Kühnhardt, *The Global Society and Its Enemies. Liberal Order beyond the Third World War*, Cham: Springer, 2017.

Führung der USA – ein „empire by invitation“ wie der norwegische Historiker Geir Lundestad 1999 so trefflich formuliert hat¹³¹ - und die supranational aufgestellte Lerngemeinschaft EU bleiben die erprobteste und für ihre Mitgliedsgesellschaften einzige Garantie für Frieden und Freiheit sowie größtmöglichen Wohlstand. Aber NATO und EU sind keine Garantie für eine lineare Projektion der westlichen Ideale über die Grenzen des Westens hinweg. Dort herrschen mehr denn je Anarchie und hegemoniale Gewaltpolitik. In weiten Teilen der nichtwestlichen Welt dominiert eine ganz eigene Anthropologie, in der der Mensch und seine Würde kollektiven Rechten und sozialen Gruppenpflichten untergeordnet geblieben ist. Die Distinktion des Soziologen Ferdinand Tönnies aus dem 19. Jahrhundert über die Unterschiede zwischen abstrakten, rechtsbasierten Gesellschaften und auf tradierten personalen Loyalitäten basierenden Gemeinschaften hat nichts von ihrer Bedeutung verloren. Mein Bonner Soziologie-Kollege Clemens Albrecht hat darauf 2017 mit bewundernswerter Klarheit in seinem Beitrag für die „Bonner Enzyklopädie der Globalität“ hingewiesen.¹³²

Der westliche Fortschrittsbegriff ist durch den Fall von Kabul mehr als nur in seiner Dominanzattitüde erschüttert worden, die der Idee des „regime change“ stets anhaftete. Natürlich stehen weltpolitische Ordnungsmächte immer vor Dilemmata. Sie müssen auch realpolitisch agieren. Smart power ist dazu mindestens so nötig wie hard power. Naive Wirklichkeitsverdrängungen, ja Selbstbetrug mittels geschöner Wahrnehmungen und diplomatischer Berichte reichen jedenfalls ebenso wenig wie der hoffnungsvolle Blick auf das technokratische Klein-Klein des wissenschaftlichen Positivismus. Am Ende entscheidet nicht die Zahl der gebauten Schulen für Mädchen oder die Menge der ausgebildeten Polizisten oder Soldaten. Pathetisch gesagt: Modernisierungsstrategien entscheiden sich in den Herzen der Menschen an jedem Ort der Erde. Die Vereinten Nationen sprechen elegant von „ownership“. Der westliche Fortschritts- und Freiheitsbegriff, einschließlich des

131 Geir Lundestad, "Empire by Invitation" in the American Century, in: Diplomatic History, Vol. 23, No. 2 (Spring 1999), Seite 189-217.

132 Clemens Albrecht, Gemeinschaft und Gesellschaft, in: Ludger Kühnhardt/Tilman Mayer (Hrsg.), Bonner Enzyklopädie der Globalität, Band 2, Wiesbaden: Springer, 2017, Seite 1355-1368.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

universal ambitionierten Menschenrechtsbegriffs muss diese Tatsache einpreisen, wenn er weiterhin ernst genommen werden will. Zugleich zeigt die aggressiv agierende russische Despotie, dass es zu Modernisierung und Pluralismus, Wahrheit und Geschichtsbewusstsein nicht nur eine ideologische Alternative gibt wie der politische Islam sie darstellt und mit Hilfe von terroristischem Nihilismus zu verbreitern sucht. Es gibt darüberhinaus auch ein machtpolitisch potentes und gewaltbereites Gegenmodell zu Freiheit und Menschenwürde. Verschiedenste Ausdrucksformen des geopolitischen Revisionismus, wie es so schön analytisch kalt in der Politikwissenschaft heißt, werden eine anhaltende Bedrohung des westlichen Zivilisationsmodells im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts bleiben.

Der Westen und das dem westlichen Aufklärungsdenken inhärente Freiheitsverständnis ist also doppelt herausgefordert. Zum einen existiert ein revisionistischer machtpolitischer Gegenuniversalismus. Keine Länder projizieren diesen Anspruch so deutlich wie China und Russland. Auch wenn sie in ihren Mitteln und Zielen voneinander unterschieden sind: Sie sind hinsichtlich ihrer politischen Systeme Widerlager zum westlichen Freiheits-, Demokratie- und Rechtsverständnis. Ökonomisch weit erfolgreicher ist dabei China mit seinem Modell des autoritär eingezäunten Staatskapitalismus. Er bedient den Besitzaneignungsimpuls, begrenzt die ökonomische Freiheit aber gleichzeitig durch rigorose staatliche Kontrollmechanismen. So stellt die Kommunistische Partei Chinas sicher, dass die Ausweitung ökonomischer Freiräume nicht zu einer politischen Machtfrage werden kann. Innenpolitische Stabilität, die auf diesem Modell beruht, dient dazu, dass China seine außenpolitischen Spielräume erweitert. Es geht China dabei um eine Revision im bestehenden Ordnungsrahmen der Weltgemeinschaft, wobei Grenzüberschreitungen – etwa bei der Taiwanfrage oder bei den Territorialkonflikten im Südchinesischen Meer – offenbar nicht zum Totalkonflikt mit dem Westen führen sollen. China zieht Siege ohne Krieg vor. Im Falle Russlands hat sich nach dreißig Jahren der innenpolitischen Transformation eine eigentümliche, ja bedrückende Konstellation ergeben. Nie haben so viele junge Russen seit 1990 die Welt kennenlernen können. Das heimische gesellschaftliche und politische System ist durch die Erfahrungen, die sie nach Hause mitgebracht haben, aber keineswegs erneuert worden. Im Gegenteil: Die Despotie der

Geheimdienste und Sicherheitsorgane sowie ihrer oligarchischen Profiteure und Unterstützer haben sogar den Bruch mit der Weltgemeinschaft akzeptiert, um ihre Interessen zu erzwingen. Die Befunde werden für lange Zeit düster bleiben und der Ausweg ist leider eindeutig: Russland muss sich selbst aus den Zwangsjacken seiner historischen Hypotheken befreien wollen. Ob und wann dies gelingt, hängt nicht vom westlichen Wunschdenken ab.

Anders als in China ist der staatlich abgestützte Oligarchen-Kapitalismus in Russland nicht verbunden mit einer Diversifizierung der Wertschöpfungsketten. In die Weltwirtschaft bleibt Russland weiterhin vorwiegend als Rohstofflieferant eingebunden. Politisch hält ein System die Zügel fest in der Hand, das auf Macht und Stärke, auf Regelsetzungsmonopol und Einschüchterung basiert. Freiräume der Zivilgesellschaft werden systematisch limitiert. Lagerbedingungen für politische Gefangene erinnern eher an das Gulag-System der Sowjetunion so als habe es die erschütternden Berichte von Alexander Solschenizyn nie gegeben. Durch einen robusten Revisionismus nach außen hin versucht Russlands politische Führung, den machtpolitischen Niedergang der Sowjetunion vor einer Generation irgendwie wieder rückgängig zu machen. Der Überfall auf die Ukraine, wie auch die Ausgriffe auf das Geschehen in anderen Weltregionen wie dem Nahen Osten oder Westafrika dienen der strategischen Macherzwingung durch Einschüchterung. Russland vermischt Revisionismus mit Rache. Dieser russische Universalrevisionismus unterscheidet sich sehr von der chinesischen Globalstrategie, die viel geschmeidiger agiert, zumindest von einer ökonomischen win-win-Situation erzählt und nicht vorrangig auf militärische Erpressung setzt. Bisher jedenfalls.¹³³

Anders als 1987 schließe ich meine Analyse mit Sollenssätzen, über deren begrenzte Halbwertszeit ich mir nur zu bewusst bin.

133 Zu weiterführenden Zusammenhängen und Einordnungen in Bezug auf die strategischen Dispositionen Chinas: Ludger Kühnhardt, „Auspielung der Barbaren“. Die geisteswissenschaftliche Fundierung der internationalen Politik im Werk von Xuewu Gu“, in: Hendrik W. Ohnesorge (Hrsg.), Macht und Machtverschiebung. Schlüsselphänomene internationaler Politik, Festschrift für Xuewu Gu zum 65. Geburtstag, Berlin/Boston: de Gruyter 2022, Seite 3- 19.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Der Westen ist durch China und Russland konfrontiert mit revisionistischen Mächten, die bei Lichte besehen am Ende und in paradoxer Verkennung ihrer gemeinsamen Aversionen gegen „den Westen“ einer neuen „balance of power“-Ordnung im globalen Maßstab und zugleich einer neuen Stärkung durch Selbsterneuerung des Westens zuarbeiten dürften. Die Verfolgung der revisionistischen Ziele Russlands und Chinas schließt Einflussphären und Pufferzonen mit ein, umfasst sogar Formen direkter und indirekter hybrider Kriegführung (Medienmanipulationen, Cyber-Crime, Industrie- und Welt- raumspionage). Diese Ausgangslage lässt aber doch auch trotz aller Konfrontationen immer wieder Raum für kooperative Interaktionen und konstante Verfolgung gemeinsamer Interessen. Beide revisionistischen Mächte unterschätzen die Selbsterneuerungskraft des Westens durch neue Politiker- generationen während sie selber auf Lebenszeit-Gerontokratien setzen. Anders als China dürfte Russland in seinen gesellschaftlichen Entwicklungspotentialen und geopolitischen Machtprojektionen eindeutiger Verlierer der gegenwärtigen Machtverschiebungen sein.

Zu den Paradoxien der Gegenmodelle zum westlichen Konzept von Frieden und Freiheit, Fortschritt und Modernisierung gehört, dass im Westen immer dann, wenn die westliche Freiheit existenziell herausgefordert wird, das Gegenteil von dem erreicht wird, was selbsterklärte Gegenmächte anstreben. Die Doppelstrategie von starker Verteidigung und kooperativer Entspannungsbereitschaft hat sich seit der Erfindung dieser Formel durch den belgischen Außenminister Pierre Harmel 1967 als Kompass des politischen Westens immer wieder neu bewährt. Ob für NATO, EU oder im bilateralen Verhältnis zu den Regierungen revisionistischer Globalmächte befindet sich die Harmel-Formel weiterhin im reaktivierbaren Buch der Klassiker erprobter, aufklärungskompatibler und maßhaltender westlicher Handlungsstrategien. Allerdings wird es ein stabiles globales System der balance of power nur dann geben können, wenn alle Führungsmächte in elementaren Fragen Reziprozität im Umgang miteinander akzeptieren. Dies betrifft vor allem das Gebot eines umfassenden Gewaltverzichts und den Respekt vor Grundregeln menschlicher Dignität. Von stabiler Multilateralität wird wohl lange Zeit nicht gesprochen werden können.

Es wird auch künftig Machtverschiebungen durch Aufstiegsmächte geben. Vetomächte werden immer wieder versuchen, ihre starre Sicht der internationalen Ordnung und des Primats nationaler Autonomie durchzusetzen. In einer tatsächlich globalen Welt kann es nur eine Ordnung mit mehreren Polen geben. Zu ihnen gehört selbstverständlich auch im 21. Jahrhundert der Westen in seinen verschiedenen regionalen Ausprägungen. Für Deutschland kann dabei nur die Europäische Union der Rahmen sein, in dem das Land als Mittelmacht (und vielfältiger Sanierungsfall) handlungsrelevant sein kann. Es wird für den Westen insgesamt darauf ankommen, mit den legitimen Beteiligungsmächten beständig an der Weiterentwicklung der internationalen Ordnung zu arbeiten. Bei allen Spannungen in der heutigen Welt kann es dabei durchaus auch in Zukunft gelingen, in immer wieder neuen Politikfeldern von Multipolarität zu regelbasierter Multilateralität zu gelangen. Zugleich muss das Konzept der Abschreckung wieder in allen seinen Facetten glaubwürdig werden.

Weit weniger durchdacht sind bisher alle bisherigen Versuche des politischen Westens, eine kohärente Strategie für den Umgang mit dem kulturellen und normativen Gegenuniversalismus des politischen Islam zu entwickeln.¹³⁴ Samuel Huntington, der geschätzte Lehrer meiner post-doc-Studienzeit in Harvard 1984/85, hat Recht gehabt: Der binäre Ost-West-Konflikt wurde durch einen langfristig weit folgenreicheren Zusammenprall der Zivilisationen abgelöst, auch wenn der Ost-West-Konflikt durch Russland 2022 zurückgebombt worden ist. Russland aber verfügt über keine geistige Konzeption, die dem westlichen Welt- und Fortschrittsbegriff, der Idee liberaler Freiheit und unveräußerlicher Menschenwürde auch nur ansatzweise entgegengestellt werden könnte. Russland kennt keine soft power. Im Blick auf Huntingtons Warnungen muss immer wieder daran erinnert werden: Zusammenprall ist nicht Krieg und Zivilisationen sind nicht identisch mit den klassischen Kulturkreistheorien vor allem deutscher Provenienz. Daran muss erinnert werden, denn die deutsche Übersetzung von Huntingtons als Warnung gemeinten, gedankenreichen Werk „Clash of Civilizations“ als „Kampf

134 Weiterführend: Sandra Kostner/Elham Manea (Hrsg.), Lehren aus 9/11. Zum Umgang des Westens mit Islamismus, Stuttgart: ibidem Verlag, 2021.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

der Kulturen“ war und ist ein intellektuelles Ärgernis.¹³⁵ Tatsächlich findet im Blick auf die islamische Welt die wichtigste Ebene des Zusammenpralls von religiösen und säkularen Lebens- und Ordnungskonzepten innerhalb islamisch geprägter Gesellschaften statt. Die Ausdrucksformen des Zusammenpralls sind so umfangreich wie die Zahl der Staaten, in denen diese Entwicklung vor sich geht. Sie nahm 1979 im Iran ihren Anfang, steigerte sich nach dem Arabischen Frühling und dürfte noch für lange Zeit nicht zu einem Ende finden. Für den Westen wurde aus strategischem Kollateralschaden und indirekten Konfliktformen innerhalb muslimischer Einwanderergruppen mehr. Seit den Kriegserklärungen von Al Qaeda oder Daesh kann es keine Selbsttäuschung im Westen mehr geben. Längst haben die Machtambitionen des politischen Islam den Kampf um die Inbesitznahme des öffentlichen Raumes in den europäischen Gesellschaften erreicht: Es geht dabei längst nicht mehr nur um die Durchsetzung des Burkinis in Schwimmbädern und an Stränden. Die Liste der Beispiele wird länger und vielfältiger. In Deutschland postulierte der ARD/ZDF-Jugendkanal 2022 das islamistische Kopftuch als Ausdruck von „Feminismus“.¹³⁶ Islamisten postulierten bei einer öffentlichen Demonstration in Hamburg im Februar 2023 den Koran als Zukunftsmodell gegenüber der freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung und fanden Zulauf von Tausenden Sympathisanten für ihre verfassungsfeindliche Propagandaaktion.¹³⁷ In Paris wurde im Jahr zuvor nach einem Farbbewurf die Statue Voltaire in der Nähe der Académie Française

135 Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster, 1996. Deutsche Übersetzung: Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. Europa-Verlag, München, Wien 1996. Zu der deutschen Übersetzung und der Debatte um dieses Buch: Ludger Kühnhardt, Rezension, in: *Zeitschrift für Kultur-Austausch*, 46. Jahrgang, Heft 4/1996, Seite 118 ff. und in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 9. Jahrgang, Baden-Baden 1997, Seite 315 ff.; Ludger Kühnhardt, Rezension: Udo M. Metzinger, *Die Huntington-Debatte. Die Auseinandersetzung mit Huntingtons "Clash of Civilizations"* in der Publizistik, Köln 2000, S. 547. In *Das historisch-politische Buch*, 48. Jahrgang, Heft 5/2001.

136 Hierzu: Ralf Schuler/Michael Engelberg, ARD/ZDF-Jugendkanal bejubelt Kopftuch als „Feminismus“, in: *Bild-Zeitung*, 25. Januar 2022; grundsätzlich: Annika Ross, *Für Freiheit – gegen Verhüllung*, in: *Emma*, 26. Januar 2022, online unter: <https://www.emma.de/artikel/fuer-freiheit-gegen-verhuellung-339197>.

137 Hierzu: *Empörung nach Islamisten-Demo in Hamburg*, in: *Die Welt*, 6. Februar 2023, online unter:

entfernt, angeblich, um sie zu säubern. Ausgerechnet der Vorkämpfer für Liberalität und Aufklärung hatte Islamisten provoziert, die Voltaires Theaterstück „Mahomet der Prophet“ als Feindbild abstempeln konnten.¹³⁸

Wie auch immer sich der radikale, jihadistische politische Islamismus gibt und wie geschwächt oder neu erstarkt er sich auch immer wieder neu präsentiert: Der westliche Fortschritts- und Freiheitsbegriff ist mit einem islamischen Gegenuniversalismus konfrontiert, der vom politischen Symbol der weiblichen Gesichtsverhüllung über Selbstmordattentate bis zu systematischen Verbreitungsstrategien der Sharia reicht. Die geistige Neureflection des westlichen Fortschritts- und Freiheitsbegriffs wird durch den islamischen Gegenuniversalismus am offensivsten herausgefordert. Eine schlüssige Antwort im politischen Denken des Westens findet sich bisher nicht, wie mit den verschiedenen Varianten des politischen Islam kohärent und nachhaltig umzugehen wäre. Grassierende religiöse Indifferenz in vielen westlichen Ländern macht diese Aufgabe nicht leichter.

Die Zeit der Illusionen ist im politischen Westen längst vorbei: Selbsttäuschung und Fremdtäuschung dienen jihadistischen Islamisten ebenso als taktische Waffe wie Selbstmordattentate. Natürlich ist immer Differenzierung geboten, gelegentlich sogar in plakativer Weise: Nicht alle Muslime sind Terroristen, aber fast alle Terroristen sind Muslime, die in der Mehrzahl Muslime töten. Nicht alle Kopftuchträgerinnen sind Jihadisten, aber Kopftuch und vor allem die Vollverschleierung des Gesichts sind Waffen der Abgrenzung im Arsenal von Jihadisten. Sie gehören zu den Ausdrucksformen einer Eroberung des öffentlichen Raumes, die im Westen abwechselnd unterschätzt und tabuisiert oder überdramatisiert und fälschlicherweise mit religiösen Konnotationen fehlinterpretiert wird. Es geht dem politischen Jihadismus nicht um Religionsfreiheit und Frömmigkeit, sondern um gesellschaftliche Abgrenzung und politische Machtansprüche.

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article243619895/Hamburg-Empoerung-nach-Islamisten-Demo-mit-3500-Menschen-gegen-Koranverbrennung.html>.

138 Hierzu: Jürg Altwegg, So kapituliert Frankreich vor den Islamisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juni 2022, online unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/frankreich-kapituliert-vor-islamisten-voltaire-statue-weggesperrt-18088984.html>.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Zum westlich-christlichen Menschenbild der Gottesebenbildlichkeit gehört es, das menschliche Antlitz zu würdigen, indem Menschen sich wechselseitig frei sichtbar ihr Gesicht zeigen. Aus der Selbstüberschätzung des Westens ist vielfach eine Niedergangs- und Untergangsangst geworden, wenn es um das Thema politischer Islam geht. Dabei ist den meisten westlichen Diskursen ein gewaltiges Defizit eigen: Der westliche Fortschrittsbegriff hält es für klug und modern, heute so gut wie immer ohne Gott auszukommen zu wollen. Die westliche Freiheitsvorstellung hat sich weitgehend von Gott als Schöpfer, zugleich aber vor allem auch als Begrenzung menschlicher Selbsterlösung gelöst. Religiös motivierte Demut war gestern. Nichtreligiöse Demutsgesten aber schwanken allzu häufig zwischen Relativismus und Zynismus beim unsicheren Umgang mit den religiösen Gewissheiten anderer.

Wie Karl Dietrich Bracher es bereits bei seiner Analyse der Verfallsgründe der römischen Republik angeführt hat, ist auch das heutige Selbstverständnis westlicher Freiheits- und Fortschrittsbegriffe labil. Es ist leicht zu erschüttern, wenn nicht zu zerstören, sobald ihm eine Phalanx glaubensgewisser Jihadisten entgegentritt, die zutiefst davon überzeugt sind, dass ihr monotheistischer Gott sie auf die richtige, die zukunftsfähige Seite der Geschichte gestellt hat. Der säkularisierte Westen, der weithin ein agnostisches, jedenfalls ein materialistisches Weltbild pflegt, wird eine reformatorische Wende innerhalb des Islam jedenfalls nicht zuwege bringen. Auch die noch so wohlmeinenden Ansätze des interreligiösen Dialogs durch Denker verschiedener Religionen werden dies kaum schaffen. Der innerislamische Zusammenprall säkularer und religiöser Zivilisationsvorstellungen muss an erster Stelle im Raum der islamischen Zivilisation selbst ausgetragen werden. Dort muss am Ende ein, wie auch immer gearteter Modus friedlicher Koexistenz zwischen religiösen und säkularen Lebensformen und Gesellschaftskonzepten gefunden werden. Vorher wird wohl auch nicht die Unruhe oder gar die Angst über den angeblich geschichtsnotwendig vorherbestimmten Aufstieg des Islam im Westen im Sinne einer Gefährdung der westlichen liberalen Demokratie zu beenden sein. Für das Christentum bleibt einstweilen ein Trost: Es lebt von Voraussetzungen – Gott und der Idee seiner Schöpfung-, die nicht einmal durch die schlimmsten Missstände und Erschütterungen, nicht einmal durch die massivsten Kontroversen um Institutionenfragen und

Selbstverständnis, ja nicht einmal durch die größtmögliche Abkehr der Menschen von Glaubenspraxis und Kirchenbindung zerstört werden können. Nicht am unwichtigsten für eine Welt der Konflikte und Widersprüche bleibt außerdem die zentralste aller christlichen Tugenden: Barmherzigkeit.

Der Fortschrittsbegriff, den der Westen gerne so lange von sich selber gemacht hat, berührt aber nicht nur die Sphäre von Religion und Kultur. Auch im materiellen Raum und dabei vor allem im Blick auf die globale Entwicklungsfrage muss der Westen sich gedanklich neu justieren. Ich nenn drei Illusionen, von denen ein angepasster Fortschrittsbegriff Abschied nehmen muss. Erstens: Es ist eine Illusion anzunehmen, dass künftiger Entwicklungsfortschritt im globalen Süden durch die bestehenden Instrumente von entwicklungspolitischer Kooperation plus erweitertem Handel gelingen kann. Die Mittel, die die Kluft zwischen den Zonen des Wohlstands und den Zonen, die zwar beeindruckend die absolute Armut überwunden haben, aber am unteren Limit des Fortschritts steckengeblieben sind, reichen nicht mehr. Angepasster technischer Fortschritt wird benötigt, zugleich aber eine systematische Freisetzung der Potentiale der jungen Gesellschaften des globalen Südens. Die Mehrdimensionalität des Eigentumsbegriffs, der in klassischer Diktion stets nicht nur materiellen Besitz, sondern auch geistiges Eigentum und Unverfügbarkeit der körperlichen Integrität umschlossen hat, muss sich im globalen Süden entfalten können. Dazu gehören neue Impulse, um die wirtschaftliche Wertschöpfung und die Lebenschancen der dortigen Menschen zu befördern. In diesem Zusammenhang ist unter anderem die faszinierende Idee der „reverse innovation“ bei uns weitgehend unentdeckt geblieben.¹³⁹ Zugleich mit dem Vertrauen auf die eigenen Kräfte der Menschen des globalen Südens, auf ihren Freiheits- und Fortschrittswillen, stellt sich zwingend die Frage nach dem Verfassungsrahmen und einer politischen Ordnung, die zur Förderung des Menschen beiträgt anstatt seine Entfaltung zu behindern oder bössartig zu beschädigen.

139 Vijay Govindarajan/Chris Trimble, *Reverse Innovation. Create far from home, win everywhere*, Boston: Harvard Business Review Press, 2012.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Zweitens: Es ist eine Illusion anzunehmen, dass der Umbau klimaneutraler Wirtschaftsweisen in den Ländern des globalen Südens ohne massive Investitionen, Transformationen und die sie abstützenden tiefgreifenden regulatorischen Rahmenbedingungen möglich sein wird. Aber selbst dann wird der globale Süden einen weit höheren Energiebedarf haben als heute. Wie dies gelingen soll, ohne weiteren Raubbau an den natürlichen Existenzgrundlagen auf der Erde zu betreiben, wird bisher in aller Welt vor allem in Form von Absichtserklärungen beschworen. Nachhaltiger Fortschritt im globalen Süden wird durch westliche Entwicklungsmodelle zwar nicht gelingen, aber doch sind und bleiben sie Referenzpunkt, man kann auch sagen: Traum vieler Menschen im globalen Süden.

Drittens: Es ist daher eine weitere Illusion anzunehmen, dass Entwicklungsfortschritt und globale Antworten auf den Klimawandel die Migrationsbewegungen begrenzen werden, vor denen sich der alternde Westen vermutlich noch mehr fürchtet als vor Aufrüstung und Klimakrise. Aus der Migrationsforschung wissen wir: Menschen, die den Aufstieg in den Mittelstand eines weiterhin armen und vor allem fragilen Landes geschafft haben, sind besonders prädestiniert, an Auswanderung zu denken. Umso notwendiger ist es immer wieder auf die Notwendigkeit einer gründlichen Ursachenanalyse hinzuweisen. Solange es nicht ausreichende und nachhaltige Lebenschancen in den Staaten und Gesellschaften des globalen Südens gibt, wird dort um knappe Ressourcen und den Zugang zu ihnen gestritten. Es wird dazu auch in Bürgerkriegen machtpolitisch weiterhin gekämpft werden. Und es wird mehr Energie benötigt, die nicht so schnell aus erneuerbaren Quellen stammt, wie derzeit die Weltbevölkerung wächst. Die Folge wird sein, dass weiterhin und vermehrt Menschen in großer Zahl den Ort ihrer Heimat verlassen. Eigentlich wäre dies die Zeit für eine neue weltumfassende Reihe von Stadtneugründungen, die am Nachhaltigkeitsgrundsatz orientiert sind. Stattdessen aber dominiert weiterhin der ausweglose Ausweg massiver Migration. Womit die Welt und aufnehmende Gesellschaften es damit auf Dauer zu tun haben ist einerlei: Ob von Geflüchteten gesprochen wird oder von Fachkräften, die ihren eigenen Gesellschaften verloren gehen, von anerkannten Flüchtlingen oder von Schutzsuchenden, von illegalen Migranten oder von Armuts- und Klimaflüchtlingen – ohne Fokus auf die Ursachen und

pragmatische, aber zügige und nachhaltig wirksame Lösungswege wird es keine Ruhe beim Migrationsthema geben. Die Vereinten Nationen haben seit 2018 mit der strikten Trennung von Flüchtlingsfragen und von Migrations-themen wenigstens einen ersten intellektuell sinnvollen Ansatz gewählt, um zu einer differenzierten Betrachtung ganz unterschiedlicher Symptome zurückzukehren. Die Europäische Union bleibt hingegen in den Aporien ihrer Mischung aus trostloser Kurzsichtigkeit und Begriffswirrwarr, hinter dem Gedankenwirrwarr steht, stecken. Die Themen Grenzschutz, Asyl und Migration befinden sich in der EU seit Jahren noch immer in einer „Politikverflechtungsfalle“.¹⁴⁰

Bei aller kultureller Neubesinnung ist auch auf Dauer eine integrative Rechtskultur entscheidend für die Fortschreibung und Neujustierung des westlichen Freiheits- und Fortschrittsbegriff. Entkoppelt von verfassungsrechtlichen Regeln werden die noblen Ideen von Freiheit und Fortschritt immer wieder funktionalisiert werden, gegebenenfalls auch ideologisiert werden. Gäbe es einen einzigen empirischen archimedischen Punkt, an dem künftige Forschung über die hier nur angerissenen Fragen ansetzen müsste, um aus den Erfahrungen und Fehlern der vergangenen Jahrzehnte zu lernen, so gilt dies für das Stichwort Weltbevölkerung.

Es ist überraschend, wie sehr der Faktor Demographie in der politikwissenschaftlichen Forschung vernachlässigt wird. Mein emeritierter Kollege Tilman Mayer hat große Verdienste, wenigstens im deutschen Kontext über diese so essentielle Voraussetzung allen politischen Denkens gearbeitet zu haben.¹⁴¹ Weltweit ist die Entwicklung der Bevölkerung grundlegend für das künftige politische Denken.

Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung betrug 1900 25 Prozent. Seither ging er zurück auf unter sieben Prozent, Tendenz weiter fallend Richtung fünf Prozent. Gemeinsam mit den USA wird die atlantische Zivilisation bald nicht mehr als zehn Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Zu der

140 Sabine Riedel, Grenzschutz, Migration und Asyl. Wege der Europäischen Union aus der Politikverflechtungsfalle, SWP-Studie 23, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2020.

141 Tilman Mayer (Hrsg.), Die transformative Macht der Demografie, Wiesbaden: Springer, 2017.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Zeit von Jesus Christus lebten rund 200 Millionen Menschen auf der Erde. 1900 waren es 1,6 Milliarden, 1999 bereits 6,6 Milliarden Menschen. Für 2050 schätzen die Vereinten Nationen einen Anstieg der Weltbevölkerung auf neun Milliarden Menschen. Für 2010 werden 11 Milliarden Menschen prognostiziert. Besonders auffällig, so sehen es alle Experten, wird dabei die rapide zunehmende Verstädterung bleiben sowie eine Verschiebung der Balance zwischen christlichen und muslimischen Bevölkerungsmehrheiten an einigen besonders virulenten Orten der Erde. Konflikte um Identitäten, Ressourcen und Lebensbedingungen dürften zunehmen. Die derzeit am schnellsten wachsenden Länder der Erde – Niger, Somalia, Kongo, Mali und Tschad – tauchen beim Fußabdruck der fossilen Brennstoffe bisher überhaupt noch nicht in Erscheinung. Antworten auf den Klimawandel und die Hoffnung auf Lebenschancen der Neubürger dieser Erde werden den Energiebedarf der Welt massiv steigen lassen. Dass die Vereinten Nationen 1945 von 45 Staaten gegründet wurden und sie heute 193 Mitgliedsstaaten hat, stellt den politischen Kontext dar, in dem die Implikationen der expandierenden Weltbevölkerung gesehen werden müssen.

Von einem jahrhundertelangen Kontinent der Auswanderung ist Europa mit rapider Geschwindigkeit zu einem Kontinent der Einwanderung geworden. Unterdessen leben über 30 Prozent aller Migranten weltweit (schon im Jahr 2017 waren es 77,9 Millionen von 257,7 Millionen Menschen) in Europa. 38,5 Millionen davon sind sogenannte Ausländer aus einem Drittstaat. 16,9 Millionen davon Angehörige eines EU-Mitgliedsstaates. Der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung Europas liegt damit bei 10,5 Prozent gegenüber 3,4 Prozent Migranten an der Weltbevölkerung insgesamt. Tendenz seither und weiterhin steigend. Dass Europa von einem Kontinent der Auswanderung zu einem Kontinent der Einwanderung geworden ist und dennoch eine massive Reduzierung seines Anteils an der Weltbevölkerung erfahren hat, ist die bedeutendste und langfristig wirkungsvollste Veränderung des 20. Jahrhunderts für den Ursprungskontinent der Aufklärungsphilosophie. Sie wird künftige Freiheits- und Fortschrittsdiskurse nachhaltig beeinflussen.

Ich fasse in einem Satz zusammen: Aus Gründen der westlichen Selbstbehauptung muss der Fortschritts- und Freiheitsbegriff in seiner Ambivalenz

neu durchdacht werden. Das ist nicht die Aufgabe eines Einzelnen und es gelingt nicht mit einem Federstreich. Freiheit unter globalen Bedingungen heißt für uns im integrierten Europa mehr denn je: Selbstverteidigung neu zu lernen und den Willen zur Macht unter Mächten erstmals gemeinsam einzuüben. Dies verlangt, neu Maß und Mitte der Freiheitsidee zu bestimmen. Es ist kein einfaches Programm, das die Zukunft uns Europäern abverlangt. Gelingen kann dies nur unter dem Dach der Europäischen Union, auf deren Perspektiven ich an dieser Stelle nicht eingehen kann. Soviel aber sei gesagt: Die Europäische Union und die mit ihr seit einiger Zeit zusammengedachte Denkfigur der europäischen Souveränität ist die einzige wirklich zukunftsfähige Idee des politischen Denkens, die das moderne Europa hervorgerbracht hat.¹⁴²

IV. Das Glück des Sisyphos

Ich habe 1984 mit dem Nachdenken über das Dreieck „Mensch, Welt und Politik“ angefangen, wissenschaftlich zu arbeiten. 2024 kann ich bilanzieren: Die Menschenwürde bleibt der oberste Maßstab für eine dem Menschen und der Wahrheit verpflichtete Wissenschaft. Aber die Großbegriffe des politischen Denkens sind noch konsequenter als ich es jeweils vermutet und eingefordert habe, gewendet worden zur Welt in allen ihren Widersprüchen und Ambivalenzen. Alle Begriffe des politischen Denkens müssen daher jetzt und in Zukunft von der Welt her neu durchdacht werden, damit wir Menschen – ob als Europäer oder als Teil der übergroßen Mehrheit, die außerhalb Europas lebt – in dieser Welt bestehen können. Nur so können wir, ob als Wissenschaftler oder in anderen Aufgaben, Beiträge für die maßvolle Verbesserung der Welt machen, ohne uns infolge von Selbsttäuschungen mit unseren Ideen und Gedanken in alt-neue Fortschrittsideologien zu verstricken oder in alt-neuem Krisen- und Katastrophendenken zu erstarren. Die Denkfigur der Globalität, die ich entwickelt habe, gibt an, was allein Referenzpunkt für künftiges politisches Denken über Freiheit und Fortschritt in der Welt sein sollte. Die Universalität der Menschenrechte muss sich den

142 Weiterführend: Ludger Kühnhardt, *Das politische Denken der Europäischen Union. Supranational und zukunfts offen*, a.a.O.

Die Ambivalenz des Fortschritts Freiheit unter globalen Bedingungen weiterdenken

Ambivalenzen des Fortschritts und den Widersprüchen der unvollendeten und unvollendbaren Globalisierung stellen. Das schließt ein, auch mit Rückschritten zurechtzukommen, die in Zukunft immer wieder vorkommen dürften. Interdependenz heißt im 21. Jahrhundert: Widersprüche aushalten. Es heißt: Die Anfälligkeit des Menschen für alle nur denkbaren Formen von Gewalt zu bekämpfen anstatt mit Gewalt die Kontingenzen zu bekämpfen, denen wir uns am Ende doch nicht entziehen können. Es heißt auch: In weltweiten Zusammenhängen ebenso zu denken wie in kleinräumigen Einheiten, denn dort, in der Einheit, in die wir hineingestellt sind, müssen sich alle unsere Erfahrungen, Werte und Ideen an erster Stelle bewähren und immer wieder hinterfragen lassen.

Über meine wissenschaftlichen Erfahrungen hinaus hat eine Grundkonstante der Erziehung in meinem Elternhaus alle Anfechtungen der vergangenen Jahrzehnte überdauert: Die Frage nach dem Wozu, nach dem Telos unseres Tuns ist und bleibt zentral. Nur wenn wir die Frage nach dem Sinn unseres Denkens und dem Zweck unseres Handelns neben, jenseits und vor alle analytische Begriffsakrobatik stellen, dienen wir dem Menschen, so wie er ist. Wir arbeiten mit einer solchen strategischen Vorausschau auch dem Erfolg unseres eigenen Tuns zu, so wie wir es bestmöglich vollbringen können. Die Frage nach dem Wozu eröffnet Räume und Freiräume, Freiheit und Zukunft. Ein zweites bleibt uns als Wissenschaftler beständige Motivation, um abschließend noch einmal meinen akademischen Lehrer Karl Dietrich Bracher zu zitieren: „Wörter machen Geschichte“.¹⁴³ Mit der wissenschaftlichen Arbeit an Begriffen und Methoden, Theorien und analytischen Systematisierungen bewerten Wissenschaftler die Wirklichkeit und interpretieren sie für die, die uns nachfolgen. Auch sie wollen ihr Lebensglück in der Wirklichkeit dieser vielfältigen, faszinierenden Welt entfalten, ohne durch sprachpolitische Grenzziehungen immerfort belehrt und in der Entfaltung der eigenen Neugier ausagebremst zu werden.

Immer wieder musste ich selbst erleben und erleiden, dass der Satz zutrifft: Ein Pessimist ist ein Optimist, der zu viel weiß. Dennoch bleibe ich Optimist: Irgendwann wird auch wieder gelesen, was heute geschrieben wird. Das

143 Karl Dietrich Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte, a.a.O., Seite 18

Buch wird nicht aussterben so wie eine gefährdete Vogelart. In diesem Sinne empfehle ich zum Schluss dieser Reflexion jenseits von allem Fetisch des derzeit dominanten Wissenschaftspositivismus Sisyphos als einen guten Begleiter durch das weitere 21. Jahrhundert. Dabei reicht nicht die Wiederlektüre der griechischen Mythologie. Dort erscheint Sisyphos, der Sohn des Aiolos und König von Korinth, bekanntermaßen als Inbegriff des Absurden, der vergeblichen Mühe trotz aller neuen Anläufe. Ich habe Sisyphos schon in meiner Schulzeit mit Hilfe von Albert Camus gelesen. Dort wird das Absurde gewendet und plötzlich sinnstiftend. Seit meiner Schulzeit habe ich es nie anders erlebt: Immer wieder neue Anläufe zu nehmen ist und bleibt unser menschliches Schicksal. Gelassenheit im Umgang mit dem Wandel, auch in uns selbst, ist und bleibt dabei unsere immer wiederkehrende beste Chance. Albert Camus beendet seinen berühmten Essay „Der Mythos des Sisyphos“ mit zwei Sätzen, der eine hammerhart, der andere herausfordernd. Zusammen aber beleben sie jede Art wissenschaftlicher Arbeit, die bereit ist, sich immer wieder selbst in Frage zu stellen. Camus sah, dass sich in dieser Perspektive das subtile Ethos des Glücks enthüllt:

„Der Kampf gegen Gipfel vermag ein Menschenherz auszufüllen. Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen.“¹⁴⁴

144 Albert Camus, Der Mythos des Sisyphos, Hamburg: Rowohlt, 2010 (12. Auflage), Seite 160.



Rheinische
Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

Center for European
Integration Studies

Genscherallee 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1810
Fax: +49-228-73-1818
<http://www.zei.de>

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-9825496-0-6